



## Dritter

# Vierteljahresbericht 2007

## über den Stand der Europäischen Integration

### Inhalt

- Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark
- Aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene
- Außenbeziehungen der Steiermark
  - Multilaterale Zusammenarbeit
  - Bilaterale Zusammenarbeit
- Im Fokus: Überbetriebliche Forschung und Entwicklung
- Schengen



---

## VORBEMERKUNGEN

Voraussichtlich noch im Dezember werden neun EU – Staaten (alle 2004 beigetreten, mit Ausnahme Zyperns) vollständig in den Schengenraum integriert werden. Im fünften und letzten Kapitel des vorliegenden Berichts wird daher diese bevorstehende „Schengen-Erweiterung“, wodurch auch die Steiermark keine Schengen-Außengrenze mehr sein wird, zum Anlass genommen, um den Begriff Schengen zu erläutern und dessen Inhalte darzustellen.

Vielfältige bilaterale Kooperationen und eine ganze Reihe multilateraler Partnerschaften machen deutlich, dass Politik und Landesverwaltung in einem immer enger zusammen arbeitenden Europa Partner und Netzwerke brauchen. Umso wichtiger ist es daher, auf regionaler Ebene Partner in anderen Staaten zu haben, um gemeinsame Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Die Steiermark mit ihrer langen Tradition im Aufbau von Kooperationen und Netzwerken hat dabei, gerade mit Blick auf den südosteuropäischen Raum, nach wie vor eine Vorreiterrolle.

Dies wird nicht zuletzt am Beispiel des „steirischen“ Hauses der Regionen in Brüssel deutlich, in dem neben dem Land Steiermark, Regionen aus Polen, Ungarn, Bulgarien und Kroatien, ihre Brüssel-Repräsentanz haben. Seit 2006 sind alle Räume des „Regionenhauses“ vermietet, und das gemeinsame Motto „eine erfolgreiche multiregionale Zusammenarbeit unter einem Dach“ konnte zum Durchbruch kommen.

Die Basis für ein gemeinsames Agieren auf europäischer Ebene wird zumeist durch die klassische Form der regionalen Partnerschaft geschaffen. Dazu gehören Wissenstransfer, die Knüpfung von Kontakten und deren Pflege in verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Schulen, Universitäten, Kultur, etc. Die engste Form der Kooperation ist schließlich die gemeinsame Durchführung von INTER-REG-Projekten bzw. territorialer Kooperation, gerade in der Europaregion Adria-Alpe-Pannonia. Dazu kann in Zukunft die neu geschaffene Möglichkeit der Bildung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit, als organisatorischer und rechtlicher Rahmen von großer Bedeutung werden.

In Zukunft werden sich die österreichischen Regionen mit professionellen Projekten bei Ausschreibungen mit Partnern aus mehreren Staaten bewerben müssen, um entsprechende EU-Mittel lukrieren zu können. Ein umfangreiches europaübergreifendes Netzwerk, ist für den Erfolg dabei unerlässlich. Die Steiermark hat quantitativ das größte Netzwerk, das den Abteilungen zur Verfügung steht. Dies spricht dafür, dieses Partnerschaftsnetzwerk weiter auszubauen.

Über diese Außenbeziehungen, die das Land sowohl in bilateraler Form, aber auch multilateral pflegt, informiert das dritte Kapitel des vorliegenden Berichts.

Die beiden ersten Kapitel stellen wie gewohnt den Stand der Rechtsanpassung und die aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene dar.

Im vierten Kapitel wird die Reihe „Im Fokus“ fortgesetzt, in der dargestellt wird, wie das Land Steiermark EU-Ressourcen nutzt. Diesmal stammt der Beitrag von der A3 – Wissenschaft und Forschung.

30.09.2007

---

## INHALT

---

<b>1. STAND DER RECHTSANPASSUNG IN DER STEIERMARK.....</b>	<b>4</b>	<b>2.6 VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE.....</b>	<b>10</b>
1.1 Anhängige Vertragsverletzungsverfahren (ab 2. Stufe).....	4	2.6.1. Europäisches Parlament, 05.09.2007 .....	10
1.1.1 Naturschutz.....	4	<b>2.7 LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI ....</b>	<b>10</b>
1.1.2. Ausfuhr von Sozialleistungen.....	4	2.7.1. Europäische Kommission, 04.07.2007.....	10
1.1.3. Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.....	4	2.7.2. Rat „Landwirtschaft und Fischerei“, 16. 07 2007 .....	10
<b>1.2 Mahnschreiben der Europäischen Kommission .....</b>	<b>5</b>	2.7.3. Europäisches Parlament, 05.09.2007 .....	11
<b>1.3 Weiterer Umsetzungsbedarf von EG-Rechtsakten .....</b>	<b>5</b>	<b>2.8 Umwelt.....</b>	<b>11</b>
Naturschutzrichtlinien .....	5	2.8.1. Europäische Kommission, 18.07.2007.....	11
<b>1.4 Erfolgte Umsetzung von EG-Rechtsakten .....</b>	<b>5</b>	2.8.2. Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, 23.07.2007 .....	12
<b>2. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE 6</b>	<b>6</b>	<b>2.9 BILDUNG, JUGEND UND KULTUR .....</b>	<b>12</b>
<b>2.1 Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen.....</b>	<b>6</b>	2.9.1. Europäische Kommission, 06.08.2007.....	12
2.1.1. Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, 23.07.2007 .....	6	2.9.2. Europäische Kommission, 10.08.2007.....	12
<b>2.2 WIRTSCHAFT UND FINANZEN .....</b>	<b>7</b>	<b>3. DIE AUßENBEZIEHUNGEN DES LANDES STEIERMARK .....</b>	<b>14</b>
2.2.1. Rat „ECOFIN“, 10.07.2007 .....	7	<b>3.1. Besuche von ausländischen RepräsentantInnen .....</b>	<b>14</b>
2.2.2. Rat „ECOFIN“, 13. 07 2007 .....	7	<b>3.2. Bilaterale Außenbeziehungen.....</b>	<b>16</b>
<b>2.3 BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>7</b>	3.2.1. Kooperationen innerhalb der EU .....	16
2.3.1. Europäische Kommission, 04.07.2007.....	7	3.2.2. Kooperationen außerhalb der EU .....	19
2.3.2. Europäisches Parlament, 11.07.2007.....	8	<b>3.1. Multilaterale Außenbeziehungen.....</b>	<b>22</b>
2.3.3. Europäische Kommission, 18.07.2007.....	8	3.3.1. Europaregion Adria-Alpe-Pannonia .....	22
<b>2.4 Justiz und Inneres .....</b>	<b>8</b>	3.3.2. ARGE Alpen-Adria .....	22
2.4.1. Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, 23.07.2007 .....	8	Projektgruppe Schule/Schulsport.....	22
<b>2.5 WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG) .....</b>	<b>9</b>	Projektgruppe Sport.....	22
2.5.1. Europäisches Parlament, 11. 07.2007 .....	9	Stipendienprogramm der ARGE Alpen-Adria .....	23
2.5.2. Europäische Kommission, 12.07.2007.....	9	<b>3.3.3. VRE – Versammlung der Regionen Europas .....</b>	<b>23</b>
2.5.3. Europäische Kommission, 20.07.2007.....	10	<b>4. Im Fokus: Überbetriebliche Forschung und Entwicklung. 24</b>	
		<b>5 SCHENGEN</b>	<b>26</b>

---

# 1. STAND DER RECHTSANPASSUNG IN DER STEIERMARK

Dieser Bericht umfasst alle EG/EWG-Rechtsakte, deren Umsetzung zum Stichtag 30. September 2007 ausständig war bzw. alle an diesem Tag laufenden Vertragsverletzungsverfahren mit Steiermark-Bezug. Dabei werden zunächst die anhängigen Vertragsverletzungsverfahren ab der zweiten Verfahrensstufe („Begründete Stellungnahme der Europäischen Kommission“) beschrieben, von denen die Steiermark betroffen ist. Daran anschließend werden anhängige Vertragsverletzungsverfahren in der ersten Stufe nach Eingang eines Mahnschreibens der Europäischen Kommission aufgelistet. Diese Auflistung erfolgt nur aus informativen Gründen allein auf Grundlage der Mahnschreiben, es können daher keine Rückschlüsse auf ein tatsächliches Versäumnis des Landes Steiermark in den jeweiligen Bereichen gezogen werden.

Im dritten Teil werden alle Rechtsakte des Landes Steiermark angeführt, die seit dem letzten Vierteljahresbericht (Stichtag 1. Juli 2007) in Umsetzung von Gemeinschaftsrecht ergangen sind.

## 1.1 ANHÄNGIGE VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN (AB 2. STUFE)

### 1.1.1 Naturschutz

#### **Unvollständige Umsetzungsmaßnahmen zur Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung von wildlebenden Vogelarten hinsichtlich der Ausweisung von Schutzgebieten (Vertragsverletzungsverfahren 01/2115)**

Mit Schreiben vom 22. Dezember 2006 übermittelte die Kommission eine begründete Stellungnahme an Österreich, in der sie die Auffassung vertritt, dass in einigen Bundesländern, darunter die Steiermark, die am besten geeigneten Gebiete noch nicht oder nicht vollständig als Schutzgebiet ausgewiesen wurden. Dabei geht es inhaltlich vor allem um einander widersprechende Fachgutachten für die Bereiche Ennstal zwischen Liezen und Niederstuttern und Niedere Tauern. Die fachlich zuständige Naturschutzabteilung prüft derzeit die diversen ornithologischen Gutachten um zu einer fachlich gerechtfertigten Lösung zu kommen.

### 1.1.2 Ausfuhr von Sozialleistungen

#### **Möglichkeit zur Ausfuhr von Sozialleistungen für behinderte und pflegebedürftige Personen (Vertragsverletzungsverfahren 02/2235)**

Diesem Vertragsverletzungsverfahren liegt eine unterschiedliche Rechtsmeinung zwischen der Europäischen Kommission und den österreichischen Bundesländern hinsichtlich der „Verordnung (EWG) 1612/68 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft“ zugrunde. In ihrer begründeten Stellungnahme vertritt die Kommission die Ansicht, dass jede „soziale Vergünstigung“ im Sinne der VO 1612/68 auch in einen anderen Mitgliedstaat „exportiert“ werden muss. Die Pflegegeldgesetze der österreichischen Bun-

desländer sehen hingegen ein Wohnsitzerfordernis vor: Pflegegeld wird jedem pflegebedürftigen „Einwohner eines Bundeslandes“ gewährt sofern kein Anspruch auf Bundespflegegeld besteht. In der Stellungnahme der Republik Österreich vom 12. Mai 2005 wurde unter Hinweis auf die Rechtsprechung des EuGH in vergleichbaren Fällen darauf hingewiesen, dass dieses Wohnsitzerfordernis auch gerechtfertigt sei.

Am 21.2.2006 hat der EuGH in einem Vorabentscheidungsverfahren betreffend das Salzburger Landespflegegeldgesetz allerdings festgestellt, dass im Ergebnis die Voraussetzung des Wohnsitzes im Bundesland für die Gewährung von Pflegegeld gemeinschaftsrechtswidrig ist. Derzeit wird intensiv an einer koordinierten Vorgangsweise der österreichischen Bundesländer in diesem Bereich gearbeitet.

### 1.1.3 Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

#### **Unvollständige Umsetzungsmaßnahmen zur Richtlinie 2002/91/EG über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Vertragsverletzungsverfahren 06/1)**

In diesem Verfahren hat die Europäische Kommission in ihrer begründeten Stellungnahme die Nichtumsetzung der Richtlinie durch den Bund und alle neun Länder gerügt. Hintergrund sind umfangreiche Koordinierungsarbeiten im Rahmen einer Art. 15a B-VG – Vereinbarung und auf fachlicher Ebene auf Ebene des Österreichischen Instituts für Bautechnik (OIB). Dabei wurden nunmehr verschiedene OIB-Richtlinien fertig gestellt, die nunmehr in den Landesgesetzen für verbindlich erklärt werden.

Das Begutachtungsverfahren zur rechtlichen Umsetzung in der Steiermark wurde noch vor dem Sommer eingeleitet und ist bereits abgeschlossen.

## 1.2 MAHNSCHREIBEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Nicht vollständige Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (Vertragsverletzungsverfahren 06/2518);

Nicht fristgerechte Umsetzung der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Vertragsverletzungsverfahren Nr. 07/710);

Nicht fristgerechte Umsetzung der Richtlinie 2006/56/EG zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel (Vertragsverletzungsverfahren 2007/714);

## 1.3 WEITERER UMSETZUNGSBEDARF VON EG-RECHTSAKTEN

### Naturschutzrichtlinien

**Unvollständige Umsetzungsmaßnahmen der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung von wildlebenden Vogelarten (Vertragsverletzungsverfahren 99/2173) und**

**Unvollständige Umsetzungsmaßnahmen der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Vertragsverletzungsverfahren 99/2174)**

Die Europäische Kommission erhob in beiden Vertragsverletzungsverfahren am 8. Dezember 2004 Klage gegen die Republik Österreich wegen unvollständiger Umsetzung der Richtlinien durch alle Bundesländer.

Zu beiden Verfahren ist das Urteil nunmehr ergangen, in denen Verstöße in der Richtlinienumsetzung jeweils durch alle neun Bundesländer festgestellt wurden. Nach der Entscheidung des EuGH sind derzeit die Koordinationsbemühungen der Länder im Gange, gleichzeitig wird informell der Kontakt zur Europäischen Kommission gehalten.

## 1.4 ERFOLGTE UMSETZUNG VON EG-RECHTSAKTEN

**Gesetz vom 22. Mai 2007 über die Erstellung von strategischen Lärmkarten und Aktionsplänen für Landes- und Gemeindestraßen (Steiermärkisches Landes-**

**Straßenumgebungslärmschutzgesetz 2007), LGBl. Nr. 56/2007,** in Umsetzung der Richtlinien

2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm.

**Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 2. Juli 2007 über die Bekämpfung der San-José-Schildlaus; LGBl. Nr. 63/2007,** in Umsetzung der Richtlinie 2006/91/EG zur Bekämpfung der San-José-Schildlaus.

**Gesetz vom 22. Mai 2007, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsgesetz geändert wird, LGBl. Nr. 69/2007,** in Umsetzung der Richtlinie

2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

**Gesetz vom 12. Juni 2007, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird (5. STLAO-Novelle), LGBl. Nr. 73/2007,** in Umsetzung der Richtlinie

2003/72/EG zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer

**Gesetz vom 12. Juni 2007, mit dem das Steiermärkische Behindertengesetz geändert wird, LGBl. Nr. 74/2007,** in Umsetzung der Richtlinie

2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen.



## 2. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Im folgenden Kapitel wird ein nach Sachgebieten gegliederter Überblick der aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene im Berichtszeitraum April bis Juni 2007 gegeben. Dabei gibt es einen zentralen Punkt, der wegen seiner Bedeutung gesondert dargestellt wird: die Einigung im Rahmen des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni, wodurch der inhaltliche und organisatorische Fahrplan für eine Änderung der EU-Rechtsgrundlage beschlossen wurde.

Außerdem darf noch eigens auf die Einigung zu einer Änderung der Verbraucher kreditrichtlinie hingewiesen werden, zu welcher der Landtag Steiermark einen Beschluss gefasst hat.

### 2.1 ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN UND AUßENBEZIEHUNGEN

#### 2.1.1. Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, 23.07.2007

##### Abkommen mit den Vereinigten Staaten - „Passenger Name Record“ Daten

Der Rat bewilligte die Unterzeichnung eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen („Passenger Name Record Data“ – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security. Dieses Abkommen trägt zur Terrorismus- und länderübergreifenden Kriminalitätsbekämpfung bei.

##### Regierungskonferenz über den Entwurf eines Reformvertrags

Am Rande der Ratstagung traten die Vertreter der Mitgliedstaaten zur förmlichen Eröffnung der Regierungskonferenz über den Entwurf eines Reformvertrags zusammen, mit dem die EU-Verträge entsprechend einem Mandat geändert werden sollen, das der Europäische Rat auf seiner Tagung im Juni erteilt hat (dazu ausführlich VJB 2/07). Die Verhandlungen sollen im Oktober abgeschlossen werden, so dass der neue Vertrag im Dezember unterzeichnet und rechtzeitig vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 ratifiziert werden kann.

##### Beschränkung des Einsatzes konventioneller Waffen

Der Rat nahm eine gemeinsame Aktion zur Unterstützung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen (VN-Waffenübereinkommen) an.

Das VN-Waffenübereinkommen regelt im Kontext bewaffneter Konflikte den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die den Kombattanten übermäßiges Leid zufügen oder die unterschiedslos die Zivilbevölkerung gefährden.

Die Gemeinsame Aktion zielt im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie darauf ab, durch folgende Maßnahmen die Universalität des VN-Waffenübereinkommens und dessen Durchführung zu fördern:

- Veranstaltung von regionalen Seminaren, um für den Beitritt zum VN-Waffenübereinkommen zu werben;
- finanzieller Beitrag zu dem von den Vertragsstaaten des VN-Waffenübereinkommens angenommenen Sponsoringprogramm, um eine breitere Teilnahme an den Tagungen zu ermöglichen und das Verständnis des Übereinkommens zu verbessern.

##### Darfur

Der Rat begrüßte die erneuten Bemühungen, den Darfur Konflikt durch eine politische Verhandlungslösung und der Entsendung der African Union (AU)-UN Hybridmission beizulegen. Der Rat betonte auch, dass dringend gegen die destabilisierenden Auswirkungen der Darfur-Krise auf die humanitäre und sicherheitspolitische Lage in den Nachbarländern vorgegangen werden muss. In diesem Zusammenhang beauftragte er seine zuständigen Gremien mit der Weiterführung der Planung für einen möglichen Beschluss über eine Überbrückungsoperation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Unterstützung der multidimensionalen Präsenz der VN im Osten des Tschad und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik im Hinblick auf eine Verbesserung der Sicherheit in diesen Regionen.

##### Nahost Friedensprozess

Der Rat betonte die Dringlichkeit den Nahost Prozess voranzubringen und forderte die Par-

teien nachdrücklich zur Fortsetzung ihres bilateralen Dialogs auf. Weiters bekundete er die Entschlossenheit der EU, zusammen mit den USA, den anderen Partnern des Nahost-Quartetts sowie Partnern in der Region auf eine baldige Lösung des israelisch-arabischen Konflikts hinzuwirken. In dieser Hinsicht erwartet er, dass das Quartett an der von Präsident Bush vorgeschlagenen internationalen Tagung teilnimmt, und ist bereit, eine aktive Rolle zu spielen.

## 2.2 WIRTSCHAFT UND FINANZEN

### 2.2.1. Rat „ECOFIN“, 10.07.2007

#### Arbeitsprogramm des Vorsitzes

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen des portugiesischen Vorsitzes zu seinem Arbeitsprogramm für Wirtschafts- und Finanzfragen für seine Amtszeit von Juli bis Dezember 2007.

Das Arbeitsprogramm hat folgende Schwerpunkte:

- Wirtschaftspolitik: insbesondere Erweiterung der Euro-Zone, Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen, Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung und Halbzeitbewertung der Europäischen Wachstumsinitiative;
- Initiative der EU zur besseren Rechtsetzung, durch die Europas Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden soll;
- Vollendung des EU-Binnenmarkts, insbesondere in Bezug auf Steuern und die Integration der Finanzmärkte;
- EU-Haushaltsplan für 2008.

#### Einführung des Euros durch Zypern und Malta

Der Rat verabschiedete Beschlüsse, mit denen es Zypern und Malta gestattet wird, ab 1. Januar 2008 den Euro als Landeswährung einzuführen. Dadurch wird die Euro-Zone ab 1. Januar 2008 auf 15 Mitgliedstaaten erweitert. Derzeit haben 13 der 27 EU-Mitgliedstaaten den Euro als Währung eingeführt. In zwölf dieser Länder ist der Euro seit 1. Jänner 2002 im Umlauf, in Slowenien seit 1. Jänner 2007.

#### Verfahren bei übermäßigem Defizit – Tschechien und Ungarn

Der Rat erließ auf der Grundlage von Artikel 104 Absatz 8 des Vertrags eine Entscheidung, in der festgestellt wird, dass die Tschechische Republik einer vom Rat verabschiedeten Empfehlung bezüglich Maßnahmen zur Senkung ihres staatlichen Defizits unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – die im Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU festgelegte Höchstgrenze – nicht Folge geleistet hat.

Auch in Ungarn liegt das Defizit noch über der Schwelle von 3% des BIP, doch teilt der Rat die Ansicht der Kommission, dass die ungarische Regierung nach derzeitigem Kenntnisstand bislang Maßnahmen getroffen hat, die mit seiner Empfehlung in Einklang stehen, und dass im EU-Defizitverfahren keine weiteren Schritte erforderlich sind. Die Haushaltsentwicklung in Ungarn wird weiterhin aufmerksam überwacht, um sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen kontinuierlich ergriffen werden.

### 2.2.2. Rat „ECOFIN“, 13. 07 2007

#### Konzertierungssitzung mit dem Europäischen Parlament – Haushalt 2008

Die Konzertierungssitzung behandelte insbesondere den allgemeinen Rahmen für den Haushaltsplan. Der Rat hat sich nach dieser Konzertierungssitzung mit dem Europäischen Parlament und der Kommission in erster Lesung auf den Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2008 geeinigt. Die Kommission hatte den Vorentwurf des Haushaltsplans im Frühjahr 2007 vorgelegt. Wie üblich wird das Europäische Parlament den Haushaltsplanentwurf im Herbst 2007 in erster Lesung prüfen und abändern. Die Kommission wird im Herbst vor der zweiten Lesung im Rat, die im November 2007 vorgesehen ist, eine Reihe von Berichtigungsschreibern vorlegen.

## 2.3 BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### 2.3.1. Europäische Kommission, 04.07.2007

#### Antidiskriminierungsmaßnahmen

Die Europäische Kommission hat eine Online-Anhörung zur Bekämpfung von Diskriminierungen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene eingeleitet. Die öffentliche Anhörung soll der Kommission die Planung neuer Maßnahmen erleichtern, mit denen sie auf anderen Gebieten als dem Arbeitsmarkt gegen Diskriminie-

rungen aus Gründen des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung vorgehen will.

Eine im Jahr 2006 im Auftrag der Kommission erstellte Studie zum Antidiskriminierungsrecht der Mitgliedstaaten hat gezeigt, dass es in allen Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften gibt, die über die europarechtlichen Anforderungen hinausgehen. Hinsichtlich ihres Regelungsgehalts und Geltungsbereichs sind diese Vorschriften aber sehr unterschiedlich. Der Schutzzumfang ist meist hoch, wenn es um das Verbot von Diskriminierungen aus Gründen der Religion oder des Geschlechts geht, während sich das Verbot von Diskriminierungen aus Gründen der sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung oder des Alters weniger häufig auf andere Bereiche als die Beschäftigung erstreckt.

### 2.3.2. Europäisches Parlament, 11.07.2007

#### Modernes Arbeitsrecht

Das Parlament hat mit deutlicher Mehrheit einen Bericht mit Forderungen für ein modernes Arbeitsrecht angenommen. Ziel sei, im Rahmen von 'Flexicurity', dass Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt so miteinander kombiniert werden, dass man einerseits Sicherheit gewährleistet, wodurch sich Produktivität und Qualität der Arbeitsplätze erhöhen, und andererseits den Unternehmen die erforderliche Flexibilität bietet, die sie benötigen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das EP setzt sich im Bericht für die Schaffung flexibler und sicherer vertraglicher Vereinbarungen ein. mit unbefristeten Arbeitsverträge als generelle Form des Arbeitsverhältnisses. Nichtstandard-Arbeitsverhältnisse wie z.B. befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeitsverträge über Interimsagenturen, Verträge über wiederkehrende Leistungen für Selbstständige oder Projektverträge müssten mit einer Förderung der Arbeitnehmer einhergehen, die sich im Übergang zu einem neuen Arbeitsplatz befinden. Überdies wird ein hohes Maß an Kündigungsschutz gefordert. Darüber hinaus müsse man nach Ansicht der Abgeordneten die Verfahren für neue und kleine und mittlere Unternehmen vereinfachen, um so ihre Finanzierung zu erleichtern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

### 2.3.3. Europäische Kommission, 18.07.2007

#### Lohngefälle zwischen Frauen und Männern

In der EU verdienen Frauen laut der Europäischen Kommission im Durchschnitt weiterhin 15 % weniger als Männer. Die Kommission hat dazu einen Bericht mit Vorschlägen vorgelegt, wie die EU das Gefälle überwinden kann. Die Erscheinung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles reicht weit über die Problematik „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hinaus. Eine der Hauptursachen sei die Art und Weise, wie die Kompetenzen von Frauen im Vergleich zu denen von Männern bewertet werden. Arbeitsaufgaben, für die vergleichbare Qualifikationen oder Erfahrungen erforderlich sind, werden im Allgemeinen schlechter bezahlt, wenn die entsprechenden Arbeitsplätze überwiegend von Frauen besetzt sind. In der Mitteilung sind vier Aktionen umrissen:

- Die bestehenden Rechtsvorschriften sinnvoller anwenden (analysieren, wie die derzeitigen Gesetze angepasst werden können und stärker für die Problematik sensibilisieren);
- Die Bekämpfung des Lohngefälles als integrierenden Bestandteil in die beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten übernehmen (das Potenzial der EU-Finanzierung voll nutzen, insbesondere den Europäischen Sozialfonds);
- Den Gedanken des gleichen Lohnes bei den Unternehmen fördern, insbesondere über deren soziale Verantwortung;
- Den Austausch bewährter Verfahren in der gesamten EU unterstützen und die Sozialpartner einbeziehen.

## 2.4 JUSTIZ UND INNERES

### 2.4.1. Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, 23.07.2007

#### EU-Programm "Drogenprävention und -aufklärung"

Der Rat nahm einen gemeinsamen Standpunkt zum Entwurf eines Beschlusses zur Auflegung des spezifischen Programms "Drogenprävention und -aufklärung" als Teil des Generellen EU-Programms "Grundrechte und Justiz" für den Zeitraum 2007–2013 an.

Mit dem spezifischen Programm "Drogenprävention und -aufklärung" sollen Ziele der EU-Drogenstrategie 2005–2012 und der EU-Drogenaktionspläne 2005–2008 und 2009–2012 verwirklicht werden, indem Projekte unterstützt werden, die die Prävention des Dro-



genkonsums zum Ziel haben, und zwar unter anderem durch die Verringerung drogenbedingter Schädigungen und durch Behandlungsmethoden, die die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigen.

Die im Dezember 2004 vom Europäischen Rat gebilligte Drogenstrategie 2005–2012 deckt alle drogenbezogenen Maßnahmen der Europäischen Union ab und gibt spezifische Ziele vor. Zu diesen Zielen gehören die Erreichung eines hohen Maßes an Gesundheitsschutz, Wohlergehen und sozialem Zusammenhalt durch Prävention bzw. Verringerung des Drogenkonsums, der Drogenabhängigkeit sowie der drogenbedingten Schäden für die Gesundheit und die Gesellschaft.

## 2.5 WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG)

### 2.5.1. Europäisches Parlament, 11. 07.2007

#### Öffnung der Postmärkte 2011

Das Europäische Parlament hat sich für eine vollständige Öffnung der EU-Postmärkte zum 1. 1. 2011 ausgesprochen. Die EU-Kommission hatte die Marktöffnung zum 1.1.2009 vorgesehen. Das EP hat zudem beschlossen, dass Postdienstleister, die in einem Land tätig sind, in dem der Markt noch nicht geöffnet ist, keinen Zugang zu bereits vollständig geöffneten Märkten erhalten. Diese Marktöffnung solle vor allem den Verbrauchern und kleinen und mittleren Unternehmen, sowohl als Absender als auch als Empfänger von Post, zugute kommen, indem eine qualitative Verbesserung, eine größere Wahlmöglichkeit, weitergegebene Preissenkungen, innovative Dienstleistungen und Geschäftsmodelle eingeführt werden. Um faire Marktbedingungen bis zur EU-weiten Liberalisierung sicherzustellen, muss eine Quersubventionierung verboten werden und das Prinzip der Gegenseitigkeit gelten. Monopolbetrieben, die in einem Land tätig sind, in dem der Markt noch nicht geöffnet ist, kann der Zugang zu bereits vollständig liberalisierten Märkten verweigert werden.

Die Richtlinie sieht einen sog. Universaldienst vor, der die flächendeckende Versorgung garantieren und gewährleisten soll, dass allen Nutzern ein Mindestangebot an qualitativ hochwertigen Diensten zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung steht. Die Bedingungen, unter denen der Auftrag für Universaldienstleistungen erteilt wird, müssen auf den Grundsätzen der Objektivität, Transparenz, Nichtdiskriminierung, Verhältnismäßigkeit und der geringst möglichen Marktverzerrung beru-

hen. Es darf also zu keinem Rückgang der Dichte der Zugangspunkte zu Postdienstleistungen in ländlichen und entlegenen Regionen kommen. Gleichzeitig sollen die Mitgliedstaaten angemessene Strafen festlegen und durchsetzen, die gegen Diensteanbieter verhängt werden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Zur Finanzierung der flächendeckenden Versorgung sind drei Möglichkeiten vorgesehen: öffentliche Ausschreibungen, öffentliche Ausgleichszahlungen, sowie die Einrichtung eines Ausgleichsfonds.

Die Mitgliedstaaten müssen von allen Betreibern die strikte Einhaltung des Arbeitsrechts verlangen, dem sie unterliegen. Ebenso müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass der gewählte Betreiber die sozialrechtlichen Vorschriften, denen er unterliegt, sowie zwischen den Sozialpartnern getroffenen Kollektivvereinbarungen uneingeschränkt respektiert.

### 2.5.2. Europäische Kommission, 12.07.2007

#### Solvit

Die Kommission hat zum fünfjährigen Bestehen des Problemlösungsnetzwerks SOLVIT eine positive Bilanz gezogen. Bürger oder Unternehmen, die mit einem grenzüberschreitenden Problem konfrontiert sind, das durch die fehlerhafte Anwendung von EU-Bestimmungen durch nationale, regionale oder lokale Behörden entstanden ist, können ein Online-Beschwerdeformular ausfüllen oder sich per E-Mail oder telefonisch mit ihrer nationalen SOLVIT-Stelle in Verbindung setzen. Dadurch wird ein informelles Verfahren zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten in Gang gesetzt. In den vergangenen fünf Jahren belief sich die durchschnittliche Erfolgsquote von SOLVIT gleichbleibend auf 80%. 71% der seit 2002 gelösten Fälle konnten innerhalb der SOLVIT-Frist von zehn Wochen abgeschlossen werden. Zwei Drittel der Fälle wurden SOLVIT von Bürgern unterbreitet. Die für die Bürger problematischsten Bereiche waren Sozialversicherung, Steuern und die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Ein Drittel der Fälle wurde von Unternehmen eingereicht. Hier gab es die meisten Schwierigkeiten bei der Besteuerung, beim Marktzugang für Produkte und Dienstleistungen und im Zusammenhang mit dem Niederlassungsrecht.

### 2.5.3. Europäische Kommission, 20.07.2007

#### Gesellschaftsrecht

Die Europäische Kommission hat in einer öffentlichen Konsultation gefragt, auf welche Hindernisse Firmen – und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – bei grenzüberschreitenden Geschäften in der EU stoßen und wie das geplante Statut für die Europäische Privatgesellschaft aus inhaltlicher Sicht beschaffen sein sollte. Die Antworten werden in die anstehende Folgenabschätzung und den etwaigen Vorschlag für einen Rechtsakt einfließen.

Die Initiative zur Schaffung eines Statuts für die Europäische Privatgesellschaft ist Teil des im Jahr 2003 angenommenen Aktionsplans für Gesellschaftsrecht und Unternehmensverfassung („corporate governance“) und eine der dort beschriebenen mittelfristigen Maßnahmen. Durch eine in allen Mitgliedstaaten einheitliche europäische Rechtsform soll es den europäischen KMU leichter gemacht werden, grenzüberschreitende Geschäfte zu tätigen.

## 2.6 VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE

### 2.6.1. Europäisches Parlament, 05.09.2007

#### Luftverkehr

Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission aufgefordert, die Verordnung zum Mitführen von Flüssigkeiten im Flugzeug "dringend" zu überprüfen und, falls keine weiteren entscheidenden Tatsachen angeführt werden, abzulehnen, da die durch die Verordnung hervorgerufenen Kosten unter Umständen nicht im Verhältnis zu dem Mehrwert stehen, der durch zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen erreicht werden soll. Die derzeit geltende Verordnung erlaubt die Mitnahme von höchstens 100ml Flüssigkeiten an Bord.

Mit Blick auf die Flüssigkeitsverordnung argumentieren die Abgeordneten, diese verursache Mehrkosten sowohl für Flughäfen und Betreiber als auch für Flugpassagiere durch die Beschlagnehmung von privatem Eigentum. Aufgrund der Verordnung seien die Passagiere, vor allem Transitpassagiere, "beträchtlichen Unannehmlichkeiten und Beeinträchtigungen" ausgesetzt.

#### Beförderung gefährlicher Güter

Das Parlament hat in erster Lesung zum Richtlinienvorschlag zu Sicherheitsanforderungen für Tanks und Fahrzeuge Stellung genommen.

Die Richtlinie soll die bestehenden Regelungen aktualisieren, zusammenfassen und zugleich von Straße und Schiene auf die Binnenwasserstraßen ausweiten. Es werden jährlich rund 110 Mrd. Tonnenkilometer gefährlicher Güter befördert, davon 58% auf der Straße, 25% mit der Eisenbahn und 17% auf Binnenschiffahrtsstraßen.

## 2.7 LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

### 2.7.1. Europäische Kommission, 04.07.2007

#### Weinsektor

Die Kommission hat einen Vorschlag für eine Reform der gemeinsamen europäischen Marktorganisation für Wein angenommen. Ziel dieser Reform ist es nach Aussage der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit der Erzeuger zu verbessern, Märkte zurückzuerobern, Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen, die Vorschriften zu vereinfachen, die besten Traditionen der Weinerzeugung zu bewahren, das soziale Gefüge stärken und für den Schutz der Umwelt Sorge zu tragen. Die Kommission hofft, so eine optimale Nutzung der derzeitigen Haushaltsmittel in Höhe von 1,3 Mrd. EUR zu erreichen

*Anmerkung: auf Vorschlag der Fachabteilung 10A – Agrarrecht und ländliche Entwicklung wurde dazu bereits eine inhaltlich kritische einheitliche Stellungnahme der Bundesländer erarbeitet.*

### 2.7.2. Rat „Landwirtschaft und Fischerei“, 16. 07 2007

#### Programm des Vorsitzes

Der portugiesische Vorsitz hat sein Arbeitsprogramm für das kommende Halbjahr vorgestellt. Zentrale Punkte dieses Programms sind:

- Reform des Weinsektors,
- "Gesundheitskontrolle" nach der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik von 2003,
- erforderliche Anpassungen im Zucker-, Milch- und Baumwollsektor im Rahmen der Reform der GAP,
- weitere Vereinfachung der GAP,
- nachhaltige Waldbewirtschaftung,
- Vorschläge für das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und eine umweltverträgliche Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln,

- Gemeinschaftspolitik im Bereich Tiergesundheit,
- Modernisierung der Rechtsvorschriften für die Verwendung von Hormonen in Zusammenhang mit der Tiergesundheit,
- Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung der Lebensmittel tierischen Ursprungs.

#### **Genetisch verändertes Kartoffelerzeugnis mit erhöhtem Amylopectingehalt in der Stärke**

Der Rat wurde ersucht, mit qualifizierter Mehrheit zu einem Vorschlag der Kommission für eine Entscheidung Stellung zu nehmen, mit der das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten Kartoffelerzeugnisses mit erhöhtem Amylopectingehalt in der Stärke für den Anbau und die Verarbeitung zu Stärke für industrielle Zwecke genehmigt werden soll.

Der Rat hat bestätigt, dass die für einen Beschluss über den Kommissionsvorschlag erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht gegeben ist. Folglich liegt die Entscheidung über dieses Dossier nun bei der Kommission.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat in ihrer Stellungnahme vom 24. Februar 2006 festgestellt, dass das genetisch veränderte Kartoffelerzeugnis für die vorgeschlagenen Verwendungszwecke keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder auf die Umwelt haben dürfte.

#### **Zuckersektor**

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über eine Mitteilung und zwei Verordnungsvorschläge der Kommission, mit denen stärkere Anreize für die Umstrukturierung der Zuckerindustrie in der Gemeinschaft geboten werden soll. Mit dem Kommissionsvorschlag soll im Rahmen der befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie ein erhöhter freiwilliger Verzicht auf Zuckererzeugungsquoten erreicht werden, da bislang nicht in dem ursprünglich vorhergesehenen Ausmaß auf Quoten verzichtet wurde. Damit dieses Ziel erreicht wird soll der den Erzeugern und Lohnunternehmen vorbehaltene Beihilfebetrug, der gegenwärtig von den Mitgliedstaaten festgelegt wird, auf 10% der für Zuckerunternehmen bestimmten Beihilfe festgesetzt werden. Die Erzeuger, die auf Quoten verzichten, sollen jedoch eine zusätzliche Zahlung erhalten; diese Zahlung wird rückwirkend gewährt, damit Erzeuger, die bereits auf ihre Quoten verzichtet haben, nicht benachteiligt werden..

#### **2.7.3. Europäisches Parlament, 05.09.2007**

##### **Milchsektor**

Das Europäische Parlament hat sich gegen Kürzungen im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Marktordnung für Milch und Milchprodukte ausgesprochen. Ein Milchfonds- Restrukturierungsprogramm soll die Reformmaßnahmen im Milchsektor begleiten und unterstützen. Die sog. Schulmilch-Regelung soll beibehalten, die entsprechende Beihilfe angehoben werden.

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die Beihilfen für private Lagerhaltung von Rahm und Magermilchpulver abzuschaffen. Beide Maßnahmen seien "überholt". Das EP hingegen möchte die private Lagerhaltung als "Sicherheitsnetz" beibehalten, da es sich bei der Abschaffung der privaten Lagerhaltung um eine grundlegende politische Entscheidung handele, die der allgemeinen Überprüfung im Health Check vorbehalten werden sollte.

## **2.8 UMWELT**

#### **2.8.1. Europäische Kommission, 18.07.2007**

##### **Wasserknappheit und Dürre**

Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung vorgelegt, die eine effizientere und sparsamere Nutzung von Wasserressourcen zum Ziel hat. Es soll eine Diskussion darüber eröffnen, wie die EU vor dem Hintergrund einer vom Klimawandel geprägten Umwelt Probleme wie Wasserknappheit und Dürre bekämpfen kann. Die Mitteilung enthält eine erste Reihe möglicher Maßnahmenvorschläge und hebt hervor welche Aspekte berücksichtigt werden müssen, um die Verfügbarkeit von Wasser für alle menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten zu gewährleisten. Im Jahr 2008 wird die Kommission über die Fortschritte in diesem Bereich Bericht erstatten.

Während der letzten dreißig Jahre haben die Dürren in der Europäischen Union sowohl zahlenmäßig als auch in der Stärke drastisch zugenommen. Die dadurch entstandenen Kosten für die europäische Wirtschaft belaufen sich auf mindestens 100 Mrd. EUR. Im Jahr 2003 waren mehr als 100 Mio. Menschen und etwa ein Drittel der Fläche der EU von einer der größten Dürren betroffen, die Kosten in Höhe von etwa 8,7 Mrd. EUR verursacht hat.

Mögliche Ansätze, die in der Mitteilung angeführt werden, sind:

- Eine verbesserte Preispolitik im Bereich der Wasserversorgung. Der Grundsatz dass "der Nutzer zahlt" sollte zur Regel werden, egal woher das Wasser stammt. Die sparsame und sachgemäße Nutzung von Wasser sollte gefördert werden, da in der Europäischen Union ein riesiges Potential zur Einsparung von Wasser besteht. Man schätzt, dass bis zu 40 Prozent des verfügbaren Wassers verschwendet wird. Daher müssen die Verteilung des Wassers an die Nutzer und die Nutzung selbst grundlegend geändert werden. Es ist zum Beispiel sehr leicht, den Einbau wassersparender Wasserhähne, Duschköpfe oder Toilettenspülungen zu fördern.
- Auf breiterer Ebene sollte eine angemessene Zuteilung der Wasserressourcen auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren erwogen werden. Entscheidungen sollten auf einer deutlichen "Wasserhierarchie" beruhen, d.h. dass die Wassereinsparung zur Priorität werden muss. Außerdem sollten eine sachgemäße Preispolitik und kostenwirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserwirtschaft erwogen werden, bevor man sich für weitere Wasserinfrastrukturen entscheidet. Entsprechend muss eine nachhaltigen Wasser- und Landnutzung zur unerlässlichen Voraussetzung für Entscheidungen in Bereichen wie Landwirtschaft und Tourismus werden.

### 2.8.2. Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, 23.07.2007

#### Meeresumwelt

Der Rat nahm einen Gemeinsamen Standpunkt zum Entwurf einer Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt an. Der Text wird dem Europäischen Parlament für die zweite Lesung im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens übermittelt.

Mit der vorgeschlagenen Richtlinie, die die umweltpolitische Säule der künftigen Meerespolitik der EU bilden soll, soll im Wesentlichen ein Ordnungsrahmen für die Erhaltung der Meeresumwelt, für die Verhinderung der Verschlechterung ihres Zustands und - wo möglich - für die Wiederherstellung dieser Umwelt in Gebieten, in denen sie geschädigt wurde, geschaffen werden.

Dies wird erreicht, indem die Mitgliedstaaten Meeresstrategien entwickeln und umsetzen mit dem Ziel, spätestens bis zum Jahr 2021 einen guten Zustand der Meeresumwelt zu erreichen oder zu erhalten.

## 2.9 BILDUNG, JUGEND UND KULTUR

### 2.9.1. Europäische Kommission, 06.08.2007

#### Lehrerausbildung

Die Europäische Kommission hat Vorschläge zur Verbesserung der Qualität der Lehrkräfteausbildung in der EU vorgelegt. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ersucht dabei die Kommission die Mitgliedstaaten mit der Mitteilung nachdrücklich, diese Probleme in Angriff zu nehmen, und schlägt gemeinsame Leitlinien und Handlungsgrundsätze vor. Zu den wesentlichen Inhalten gehören neue Fertigkeiten hinsichtlich Klassen mit Schülern unterschiedlicher Kulturen und Muttersprachen zu unterrichten, unterschiedlichen Begabungen und besonderen Bedürfnissen; berufsbegleitende Weiterbildung hinsichtlich des Einsatzes neuer Technologien. Die Mitteilung gibt den Mitgliedstaaten breit gefächerte Leitlinien für die Entwicklung von Konzepten und praktischen Maßnahmen an die Hand. Hierzu gehören:

- Garantierter Zugang für alle Lehrkräfte zu Wissen, Methoden und pädagogischen Fertigkeiten, die sie für ein effizientes Arbeiten benötigen,
- Garantie eines koordinierten, kohärenten und mit angemessenen Mitteln ausgestatteten Angebots für die Ausbildung und berufliche Weiterentwicklung der Lehrkräfte,
- Förderung einer Kultur der reflektierenden Praxis und Forschung unter Lehrkräften,
- Förderung des Status und der Anerkennung des Lehrberufs sowie
- stärkere Professionalisierung der Lehrfähigkeit.

### 2.9.2. Europäische Kommission, 10.08.2007

#### Weißbuch Sport

Die Europäische Kommission hat ihre erste umfassende Initiative im Sportbereich auf den Weg gebracht. Das Weißbuch zielt darauf ab, der Rolle des Sports in der EU eine strategische Ausrichtung zu geben. Es unterstreicht die wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle des Sports bei gleichzeitiger Einhaltung des EU-Rechts. Das Weißbuch ist das Ergebnis ausführlicher Anhörungen der Sportorganisationen (z. B. Olympische Komitees und Sportverbände), der Mitgliedstaaten und anderer Akteure während der letzten beiden Jahre.

Die Initiative trägt zur rechtlichen Klarheit für die Akteure bei. Zum ersten Mal zieht die

Kommission eine Bilanz der Rechtsprechung des EuGH und der Kommissionsbeschlüsse im Sportbereich.

In dem Weißbuch wird ferner ein detaillierter, nach Pierre de Coubertin benannter Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen vorgeschlagen. Der Aktionsplan befasst sich insbesondere mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekten des Sports, wie öffentliche Gesundheit, Bildung, soziale Eingliederung, ehrenamtliche Tätigkeiten, Außenbeziehungen und Sportfinanzierung.

Vorgesehen ist ein strukturierter Dialog mit Sportorganisationen (z. B. europäische Sportverbände), europäischen und nationalen Dachorganisationen (z. B. europäische und nationale Olympische Komitees) und europäischen nichtstaatlichen Sportorganisationen.

Das Weißbuch dient der Kommission als Orientierung für ihre sportbezogenen Maßnahmen in den kommenden Jahren. Die im Aktionsplan enthaltenen Vorschläge umfassen insbesondere Folgendes:

- Ausarbeitung neuer Leitlinien für körperliche Aktivität und Schaffung eines EU-Netzwerks für gesundheitsförderliche Bewegung;
- Bemühung um einen koordinierten EU-weiten Ansatz in der Dopingbekämpfung;
- Vergabe eines Europäischen Siegels an Schulen, die sich aktiv für die Unterstützung körperlicher Aktivitäten einsetzen;
- Schaffung von Möglichkeiten zur Förderung der sozialen Eingliederung und Integration durch sportliche Aktivitäten im Rahmen von EU-Programmen und -Fonds;
- Förderung des Austauschs operativer Informationen und Erfahrungen bei der Verhütung von gewalttätigen und rassistischen Vorfällen zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Sportorganisationen;
- Förderung des Sports als Instrument der EU-Entwicklungspolitik.



### 3. DIE AUßENBEZIEHUNGEN DES LANDES STEIERMARK

In Europa wird ein koordiniertes Auftreten der Regionen immer wichtiger. Die regionale Ebene hat im europäischen Gesetzgebungsprozess nur sehr eingeschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten. Umso wichtiger ist es, auf regionaler Ebene Partner in anderen Staaten zu haben, um gemeinsame Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Hierzu können die vom Land Steiermark aufgebauten Kooperationen einen wichtigen Beitrag leisten, der nicht nur der Durchsetzung der jeweiligen Interessen dient, sondern auch für die europäische Integration insgesamt von großer Bedeutung ist.

Die gemeinsame Vertretung von Interessen, gerade auf europäischer Ebene, ist daher für Regionen mittlerweile ein unerlässliches Instrument für vorausblickendes Handeln. Die Steiermark mit ihrer langen Tradition im Aufbau von Kooperationen und Netzwerken hat dabei, gerade mit Blick auf den südosteuropäischen Raum, nach wie vor eine Vorreiterrolle.

Um diese Aufgaben innerhalb des Landes zu optimieren wurde 2006/2007 der „Arbeitskreis Außenbeziehungen“ (Dienststellen und Organisationen, die Außenbeziehungen pflegen) wieder verstärkt einberufen. Ein Meilenstein ist dabei die Erstellung einer Außenbeziehungsdatenbank, in welche sämtliche Abteilungen des Landes und landesnahe Organisationen ihre internationalen Projekte eintragen können. Im Herbst 2007 ist die Auswertung der Datenbank und die Formulierung von gemeinsamen landesinternen Schwerpunkten geplant.

Damit sollen die bestehenden Netzwerke noch intensiver, auch für die inhaltliche europapolitische Arbeit genutzt und neue Kooperationen von wechselseitigem Interesse verstärkt erarbeitet werden.

#### 3.1. BESUCHE VON AUSLÄNDISCHEN REPRÄSENTANTINNEN

Die Bedeutung der Außenbeziehungen für die Steiermark zeigt sich deutlich und unmittelbar an der hohen Zahl der Besuche von Repräsentanten anderer Staaten. Dass dabei nicht nur Vertreter anderer Regionen und Botschafter, sondern auch Staatschefs zu offiziellen Besuchen in die Steiermark kommen zeigt, wie attraktiv die Steiermark als Kooperationspartner auf internationaler Ebene ist und wie gut der Ruf Steirischen Know-Hows in vielen Bereichen ist.

Zahlreiche in Österreich akkreditierte Botschafter pflegten im Rahmen von Besuchen bei Landeshauptmann Mag. Franz Voves in der Grazer Burg im vergangenen Jahr die direkten Kontakte mit dem Bundesland Steiermark. Etliche Diplomaten überbrachten dem steirischen Landeshauptmann Einladungen in ihr Land.

Die wohl größte Konferenz mit ausländischen hochrangigen Repräsentanten fand am 20. März 2007 in der Alten Universität in Graz statt. Es handelt sich dabei um die im Rahmen des Bussinesforum Polen 2007 veranstaltete politische Konferenz mit Teilnehmern aus sieben Woiwodschaften Polens. Landeshauptmann Mag. Franz Voves führte Gespräche

zum Thema *"ERFOLGSFAKTOREN FÜR LOCALE UND REGIONALE STRATEGIEN ZUR ANTIZIPATION UND BEGLEITUNG VON UMSTRUKTURIERUNGSPROZESSEN"*.

Als weiterer hochrangiger Besucher kann der Parlamentspräsident von Nachtschevan (Aserbaidshan) Vasif Talibov genannt werden, der im Juni 2007 mit einer politischen Delegation, unter der sich auch der Botschafter der Republik Aserbaidshan und der Premierminister aus Nachtschevan, Alovsat Bakhshiyev befanden, die Steiermark besuchte um die Steirische Wirtschaft, Verwaltung, Kultur etc. kennen zu lernen und den Grundstein für eine weitere Zusammenarbeit zu legen. Es konnten Kontakte im Bereich der Wirtschaft, des Tourismus, der Universitäten und der Kultur geknüpft werden.

Im August 2007 war der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Karl-Heinz Lambertz für mehrere Tage zu Fachgesprächen in der Steiermark. Schwerpunkte des Arbeitsaufenthaltes waren der Besuch des Holclusters in Zeltweg sowie der Informationsaustausch in Fragen der Erneuerbaren Energie und Biodiesel. In diesen Bereichen wurde eine verstärkte Zusammenarbeit in den kommenden Jahren vereinbart – ebenso soll der Erfahrungsaustausch mit der EUREGIO Steiermark-Slowenien fortgesetzt werden.

Die Präsentation der steirischen Initiative „RegioNext“ als positives Beispiel für Gemeinde-übergreifende Zusammenarbeit stieß auf besonderes Interesse.

Aus Russland statteten Vladimir Potemkin, Vizegouverneur des Gebietes Kaluga, Leonid Iogmann, Vizegouverneur von Vologda und Tichomirov, Landtagspräsident von Vologda der Steiermark im Herbst 2006 einen Besuch ab.

Eine Delegation finnischer und russischer Bürgermeister aus dem Grenzgebiet Russland-Finnland wurde von Landtagsabgeordneten Prattes im Dezember 2006 empfangen. Inhalt der Gespräche waren grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Beispiel Steiermark-Slowenien.

#### **Botschafter-Besuche in der Steiermark Oktober 2006 – September 2007**

Die Besuche der BotschafterInnen werden inhaltlich durch die Fachabteilung 1E vorbereitet.

Eine Reihe von Botschaftern besuchte im Berichtszeitraum die Steiermark, um mit Landeshauptmann Franz Voves zusammen zu treffen. Im Spätherbst 2006 kam Tunesiens Botschafter Mohammad Daouas zu einem Erfahrungsaustausch in die Grazer Burg.

Nach dem Jahreswechsel diskutierte der Schweizer Botschafter Dr. Oscar Knapp eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Schweizer Firmen.

Der Botschafter Chinas kam im Frühjahr in die Steiermark, um gemeinsam mit Landeshauptmann Voves am Spatenstich zum für das Wellnesscenter „Asia Spa“ teilzunehmen. Nach chinesischem Ritual wurden dabei auch zwei „Ginkgo“-Bäume gepflanzt.

"Europa dem Bürger näher bringen ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit", betonte Aivars Groza, Botschafter der Republik Lettland, bei seinem Besuch in der Grazer Burg, bei dem ein Chorkonzert zum Jahrestag von Lettlands „singender Revolution“ vereinbart wurde, zu dem dann im Mai auch Lettlands Regionalminister Aigars Štokenbergs nach Graz kam.

Der zweitkleinste Staat der Europäischen Union, mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 60.000 Euro pro Einwohner und Jahr jedoch das produktivste Land der Welt vertrat der Luxemburger Botschafter Christian Frédéric Braun. Er nahm dann gemeinsam mit Landes-

hauptmann Voves an der Eröffnungsfeier der neu renovierten Marien-Chorkapelle im Stift Rein, dem weltweit ältesten Zisterzienserstift, teil.

Die starke wirtschaftliche Verflechtung der Steiermark mit der Bundesrepublik Deutschland und die bosnische Annäherung an Europa standen im Mittelpunkt des Gesprächs anlässlich des Antrittsbesuchs des deutschen Botschafters, Dr. Gerd Westdickenburg, bei Landeshauptmann Mag. Franz Voves Ende März.

Mehr als erfolgreich gestaltete sich dann im April das erste „**Café Europa**“, das Landeshauptmann Voves mit dem bulgarische Botschafter Radi Naidenov eröffnete. Diese neue steirische Web-TV-Serie, die aus dem Medienzentrum Steiermark im Internet übertragen wird, verzeichnete eine unerwartet hohe Anzahl von Fragen aus dem Internet bewies eindrucksvoll die Attraktivität dieser neuen Kommunikationsschiene.

Im April präsentierte der Botschafter der Türkei, Selim Yenel, seine Informationsmaßnahmen, mit denen sich seine Heimat derzeit in Österreich präsentiert.

Einen Monat später empfing Landeshauptmann Voves den israelischen Botschafter Dan Ashbel, um auch Israels 60-Jahr-Jubiläum im kommenden Jahr zu besprechen. Begleitet wurde er vom Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Gérard Sonnenschein.

Am gleichen Tag stellte sich auch die finnische Botschafterin Kirsti Kauppi zu einem Besuch ein, die vor allem die Vorzüge des Bildungssystem in ihrer Heimat erläuterte.

Die traditionell guten Beziehungen weiter auszubauen war das Anliegen der kanadischen Botschafterin Marie Gervais-Vidricaire.

Großes Interesse für die Organisation des Finanzdienstleistungssektor in der Steiermark, vor allem für die mittlerweile international tätigen regionalen Banken und Versicherungen, zeigte der Botschafter Armeniens, Dr. Ashot Hovakimian.

Jan Koukal, Botschafter der tschechischen Republik, war im Juni der zweite „Studio-Gast“ im Café Europa, bevor er mit Landeshauptmann Voves den Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Kooperationen zwischen der Tschechischen Republik und der Steiermark besprach.

Der Steiermark-Besuch von Japans Botschafter in Österreich, Itaru Umezu, war im Juli von dem tragischen Erdbeben am Vortag in Japan überschattet. Landeshauptmann Voves erkundigte sich eingehend über die Situation vor Ort und das Ausmaß der Schäden, die das Erdbeben mit der Stärke 6,8 verursacht hatte. Im

Lauf der Gespräche berichtete Botschafter Umezu von den Vorbereitungen der Japanischen Botschaft für die 140-Jahr-Feierlichkeiten der Österreichisch-Japanischen Beziehungen im Jahr 2009.

Die engere Zusammenarbeit zwischen steirischen und litauischen Regionen stand beim Besuch des litauischen Botschafters Giedrius Puodžiūnas bei Landeshauptmann Mag. Voves in der Grazer Burg im Vordergrund. Kulturelle Beziehungen bestehen zwischen der Musikschule Gratkorn und Musikschulen der litauischen Hauptstadt Vilnius (Wilna). Ende August fand dann ein Auftritt des Litauisch-Steirischen Jugendsymphonieorchesters in Vilnius statt, Anfang September gab es einen Auftritt dieses Orchesters in Gratkorn.

### 3.2. BILATERALE AUßENBEZIEHUNGEN

Der direkte Gedankenaustausch mit befreundeten Personen einer Region der Europäischen Union oder auch einer Region außerhalb der EU stellt eine der Säulen der Wissens- und Erfahrungserweiterung dar, die in unserem Bundesland auf professioneller Ebene gepflegt wird. Der Austausch von Erfahrungen – auch gerne mit Know-how-Transfer bezeichnet – geschieht auf vielen Ebenen. Von der Verwaltung und der Kultur, der Sicherheit und dem Katastrophenschutz, der Bildung und dem Sozialwesen bis zu Raumordnung und Wasserrecht spannt sich ein weiter Bogen. Darüber hinaus gilt es aber auch, die Basis für konkrete Wirtschaftskontakte zu schaffen. Als Beispiel sei hier nur das große Potential steirischer Unternehmen in der aufstrebenden polnischen Thermenlandschaft zu nennen.

Mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsländer erfuhr dieser Bereich der Landespolitik eine weitere und zusätzliche Dynamik.

Insgesamt bestehen derzeit 24 bilaterale Partnerschaften: mit Regionen aus Polen (7 Regionen), Kroatien (7 Regionen), Russland (2 Regionen), sowie mit jeweils einer Region aus Ungarn, Italien, Frankreich, Ukraine, Georgien, Serbien, Korea und China. Der Kooperationsvertrag mit Frankreich (La Vienne) wurde im Juli 2007 auf fünf weitere Jahre verlängert. Eine Kooperation mit der Republik Aserbaidschan ist in Vorbereitung. Die meisten Aktivitäten im Berichtszeitraum fanden demgemäß innerhalb der bestehenden Partnerschaften statt; allerdings werden auch darüber hinaus – gerade im Hinblick auf zukünftige engere Ko-

operation – mit anderen Regionen Aktivitäten gesetzt.

Einige dieser Kooperationen und Aktivitäten mit ausländischen Regionen im Berichtszeitraum im Überblick:

#### 3.2.1. Kooperationen innerhalb der EU

##### Polen

Polen besteht aus 16 Woiwodschaften (Regionen), mit sieben davon gibt es im Jahr 2007 auf unterschiedlichen Ebenen bilaterale Kooperationen. Die Kontakte und Partnerschaften zu diesen Woiwodschaften gehören zu den intensivsten bilateralen Partnerschaften der Steiermark.

Auf dem **kulturellen Sektor** wurden zahlreiche Veranstaltungen unterstützt, so etwa:

Im September 2006 präsentierte sich die Steiermark im Rahmen der Europäischen Tage der Volkskultur bei einem internationalen Wettbewerb für Kunstwerk anlässlich des großen Erntedankfestes in Jasna Gora/Schlesien.

Am 16. Jänner 2007 wurde in Graz die Wanderausstellung "Mein Hund und Ich" aus Tschenstochau in Schlesien im Beisein von Konsul Ortner und Hofrat Mag. Rader eröffnet. Die Ausstellung wurde in weiterer Folge auch in Hausmannstätten, Frohnleiten, Kapfenberg, Bruck a.d. Mur und in Mariazell gezeigt.

Am 8. März nahmen der Botschafter i.R. Dr. Gerhard Wagner, Prof. Dr. Franz Merli und Prof. Dr. Jan Barcz im Rittersaal des Grazer Landhauses Stellung zu ihrem neu erschienenen Buch "Das Neue Polen in Europa".

Am 4. Mai trat im Rahmen der Festivitäten zum Europatag 2007 eine polnische Tanzgruppe aus Schlesien/Tschenstochau auf, welche von Vertretern der Stadtverwaltung begleitet wurde.

Auf **politischer und wirtschaftlicher Ebene** gab es zahlreiche Aktivitäten, darunter:

Am 20. März fand in Graz im Rahmen des Business-Forum Polen 2007 eine große politische Konferenz mit Teilnehmern aus sieben Woiwodschaften Polens statt. Landeshauptmann Mag. Franz Voves führte Gespräche zum Thema "ERFOLGSFAKTOREN FÜR LOKALE UND REGIONALE STRATEGIEN ZUR ANTIZIPATION UND BEGLEITUNG VON UMSTRUKTURIERUNGSPROZESSEN" mit den Märschällen bzw. Vizemärschällen von Lodz, Lublin, Niederschlesien, Vorkarpaten, Opeln, Schlesien und Kujawien-Pommern. In

weiterer Folge wurden die Teilnehmer an der Konferenz laufend über den aktuellen Stand der Prospektivstellungnahme der Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik im Ausschuss der Regionen informiert, bzw. aufgefordert, Stellungnahmen abzugeben. Dieses Thema wurde aufgrund eines Ersuchens der EU-Kommission der Fachkommission ECOS zugeteilt, als Berichtersteller wurde Witold Krochmal, ein AdR Mitglied aus Polen, bestellt. Er ist gleichzeitig Bürgermeister von Wolow (Niederschlesien). Einzigartig an dieser Konferenz war, dass sie via Internet in alle Welt übertragen wurde und somit auch den polnischen Marschallämtern und den Verwaltungseinheiten zugänglich war.

Im Juli 2007 stattete der Marschall der Woiwodschaft Lodz, Włodzimierz Fisiak, der Steiermark einen Besuch ab, um mit Landeshauptmann Mag. Voves über geplante polnische Thermenprojekte zu sprechen. Dabei betonte er den großen Erfolg der steirisch-polnischen Kooperationen. So hat etwa das Programm „Regionale Internationalisierung Steiermark“ (RIST) zu Kooperationen im Thermen-Tourismus, in der Revitalisierung sowie bei Verkehrsprojekten und im Energie-Bereich geführt, wo steirisches Know-how eingesetzt wird. Insgesamt haben sich rund 40 steirische Unternehmen bei Joint Ventures in Polen engagiert.

Auf **universitärer** Ebene haben zwei Studenten im April bzw. im Mai 2007 Praktika im Amt der Landesregierung absolviert.

Im Folgenden einige Aktivitäten mit einzelnen **Woiwodschaften** im Berichtszeitraum:

#### *Woiwodschaft Schlesien*

Hier ist besonders die langjährige Kooperation zwischen der Stadt Tschenstochau und dem Land Steiermark hervorzuheben, die auch 2007 sehr erfolgreich weitergeführt wurde.

Im September 2006 präsentierte sich die Steiermark im Rahmen der Europäischen Tage der Volkskultur bei einem internationalen Wettbewerb für Kunstwerk anlässlich des großen Erntedankfestes in Jasna Gora/Schlesien.

Am 16. Jänner 2007 wurde in Graz die Wanderausstellung "Mein Hund und Ich" aus Tschenstochau in Schlesien im Beisein von Konsul Ortner und Hofrat Mag. Rader eröffnet. Die Ausstellung wurde in weiterer Folge auch in Hausmannstätten, Frohnleiten, Kapfenberg, Bruck a.d. Mur und in Mariazell gezeigt.

Am 4. Mai trat im Rahmen der Festivitäten zum Europatag 2007 eine polnische Tanzgruppe aus Schlesien/Tschenstochau auf, welche von Vertretern der Stadtverwaltung begleitet wurde.

#### *Woiwodschaft Lublin*

Im Jänner 2007 kam eine Beamtendelegation aus Lublin in die Steiermark, wobei die Schwerpunkte des Besuchs in den Bereichen, Organisation, Personal und EDV lagen. In Graz wurden u.a. Vorträge zur Organisation der Administration und der Personalverwaltung besucht, an der BH Bruck/Mur bürgernahe, serviceorientierte Dienstleistung vermittelt.

Im Juli 2007 wurden vier steirische Journalisten auf eine Pressereise nach Lublin entsandt.

#### *Woiwodschaft Niederschlesien*

Im Oktober 2006 erfolgte eine Beamtendelegation nach Breslau, wobei die Hauptthemen der Arbeitsgespräche die Bereiche Personal, Außenbeziehungen und Forstwirtschaft darstellten. Im November 2006 nahm die Personalabteilung an der Jahresabschlusskonferenz in Breslau teil, wo man betonte, dass man im Jahr 2007 die Kooperation im kulturellen und Sportbereich stärken möchte.

Vom 06.-09.08.2007 besuchte eine Delegation aus Breslau die Steiermark, welche zum Ziel hatte, die Organisation des Auftritts beim Europatag 2008, die zukünftige Zusammenarbeit im Sport und in der Kultur zu besprechen.

Die Steiermark hat im Jahr 2007 auch das Einverständnis gegeben, als Partner im P4G, Project for Good, einem Kultur- und Bildungsprojekt, bezahlt aus Mitteln des norwegischen Finanzmechanismus, mitzuwirken.

#### *Woiwodschaft Kujawien-Pommern*

Die Woiwodschaft Kujawien-Pommern ist seit September 2005 Mieter im Steiermark-Haus in Brüssel. Bei der politischen Konferenz am 20. März 2007 in Graz unterstrich der Regierungsvertreter Nowacki, dass Kujawien an einer wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sehr interessiert sei. Derzeit ist die FA1E mit den Vorbereitungen für eine Teilnahme an den Österreich Tagen in Torun und Bydgosz beschäftigt, wo im November dieses Jahres vor allem das Salzkammergut und die Dachstein Tauern Region präsentiert werden sollen.

#### *Woiwodschaft Oppeln*

Im Rahmen der politischen Konferenz vom 20. März 2007 einigte man sich, abgesehen von der regen RIST Kooperation einen Verwaltungs-



austausch zu initiieren. Begonnen wird diese Zusammenarbeit mit einer Delegation von Verwaltungsmitgliedern aus den Bereichen Personal, Landwirtschaft und Organisation nach Opoln im Herbst 2007.

#### *Woiwodschaft Łódź*

Diese seit 1997 bestehende Kooperation mit dieser Region wird auch 2007 weiter erfolgreich fortgesetzt.

Im Juli 2007 stattete der Marschall der Woiwodschaft Łódź, Włodzimierz Fisiak, der Steiermark einen Besuch ab, um mit Landeshauptmann Mag. Voves über geplante polnische Thermenprojekte zu sprechen. Dabei betonte er den großen Erfolg der steirisch-polnischen Kooperationen. So hat etwa das Programm „Regionale Internationalisierung Steiermark“ (RIST) zu Kooperationen im Thermen-Tourismus, in der Revitalisierung sowie bei Verkehrsprojekten und im Energiebereich geführt, wo steirisches Know-how eingesetzt wird. Insgesamt haben sich rund 40 steirische Unternehmen bei Joint Ventures in Polen engagiert.

#### **Slowakei**

Ende Juni unterstützte FA1E den Auftritt einer Volkstanzgruppe aus Ružomberk in der Slowakei im Freilichtmuseum in Stübing.

#### **Frankreich**

##### *Département de la Vienne*

Die bilaterale Partnerschaft mit dem Département de la Vienne besteht bereits seit dem Jahr 1995, und ist hauptsächlich kulturell orientiert. Am 12. Juli 2007 wurde der Kooperationsvertrag auf weitere fünf Jahre verlängert. In diesem Zusammenhang besuchte der Landeshauptmann Mag. Franz Voves Poitiers und verlieh der Beziehung durch Projektvorschläge im Luftfahrt- und Alternativenergiebereich verstärkte **wirtschaftliche** Ausrichtung. Das Interesse an der steirischen Erfolgsgeschichte der Alternativenergie konnte der steirische Landesenergiebeauftragte DI Jilek bereits bei einer Präsentation im Futuroscope im November 2006 wecken.

Wie schon in den Vorjahren wurden auch 2007 erfolgreich **kulturelle, Bildungs- und Sportprojekte** fortgesetzt.

Im September 2005 wurde in Graz ein dreisprachiges Sagen- und Legendenbuch der

Öffentlichkeit präsentiert. In diesem Buch finden sich Märchen aus dem Département de la Vienne, der Region Niederschlesien und der Steiermark. Die Illustrationen wurden von Schülerinnen und Schülern des Pestalozzi-Gymnasiums Graz gestaltet. Im Frühjahr 2007 wurde das Sagen- und Legendenbuch in Breslau der Öffentlichkeit vorgestellt.

Vom 20.-26. Jänner 2007 trat die Gruppe Ania-da a Noar in La Vienne auf. Vom 05.-06. März 2007 kam die Musikgruppe „les Dieses“ in die Steiermark.

Weiters konnten zwei steirische Nachwuchstennisspielerinnen an einem Turnier in Iteuil (La Vienne) vom 20. bis zum 29. April 2007 teilnehmen.

Vom 30.05-01.06.07 fand der Besuch einer Lehrerdelegation aus Poitiers im Rahmen einer Kooperation zwischen dem "LYCÉE PROFESSIONNEL REAUMUR" und der "HÖHEREN TECHNISCHEN BUNDES-LEHR-UND VERSUCHSANSTALT - BULME Graz" statt.

##### *Département du Nord*

Beim Besuch einer steirischen Beamtendelegation im Département du Nord im Mai 2007 wurden die Kooperationsschwerpunkte Wirtschaft, Sozialwesen (Sozialplanung, Ausbildung von Dienstleistern, Vermittlung von Praktikumsplätzen), Bildung (Schülersaustausch, Betriebspraktika, multinationale Schulprojekte) und Jugend (EU-Programm Jugend/Youth) gesetzt. Die Zusammenarbeit soll im November anlässlich der EXPO-Gastronomiemesse im November 2007 begonnen werden.

#### **Bulgarien**

Im Juni 2007 trat der steirische Chor „Audite Nova“ in Plovdiv /Bulgarien auf, was zu Kontakten mit der Stadtregierung führte, welche im Herbst 2007 bzw. Frühjahr 2008 intensiviert werden sollen.

#### **Lettland**

Am 04.05.07 fand im Rahmen des Europatages der Auftritt eines lettischen Chors in Graz statt, welcher vom Honorarkonsul für Lettland, Tino Pölzer, initiiert wurde.

Im September 2007 kam eine 20köpfige lettische Delegation aus der Planungsregion Zemgale in die Steiermark um die Landesverwaltung (Organisation), die Gemeindestruktur und die regionale Entwicklung in der Steiermark kennen zu lernen.



## Ungarn

Aus Anlass des 50. Jahrestages des ungarischen Volksaufstandes lud Landeshauptmann Mag. Franz Voves im Oktober 2006 zu einer Gedenkfeier in die Aula der Alten Universität. Im Rahmen eines gehaltvollen Programms, an dem österreichische und ungarische Künstlerinnen und Künstler mitwirkten, erinnerten sich mehr als 200 Flüchtlinge von damals der Ereignisse.

Zuvor hatten am Grazer Hauptplatz zwei Ausstellungen und eine Schau der Landesorganisation des Roten Kreuz stattgefunden. Die Ausstellungen wurden von der Fachabteilung 1E – Europa und Außenbeziehungen und vom Bund Europäischer Jugend zur Verfügung gestellt; die Veranstaltung wurde vom Land und der Landeshauptstadt Graz gemeinsam organisiert.

### *Kulturhauptstadt 2009*

Eine der europäischen Kulturhauptstädte des Jahres 2009 wird Pécs sein. Zwei Delegationen mit Kulturmanagerinnen und Kulturmanagern erhielten Unterstützung durch Seminare, die die Fachabteilung für Europa und Außenbeziehungen unter Mitwirkung von Intendant Peter Pakesch und Dr. Peter Grabensberger vom Magistrat der Stadt Graz organisierte.

Zu dem südlichen Komitat Baranya bestehen traditionell außerordentlich gute Kontakte. Die Steiermark nahm im Berichtszeitraum an drei großen Publikumsveranstaltungen in Pécs und Boly teil.

## Slowenien

Selbst das starre Verhalten eines slowenischen Bürgers, der die südsteirische Weinstraße mehrmals mit einer Sperre belegte, konnte die enge Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und Slowenien nicht beeinträchtigen. Entscheidenden Anteil hat dabei die nachhaltige Wirkung des ersten offiziellen Besuches von Landeshauptmann Mag. Franz Voves bei einem ausländischen Nachbarn, und das war im Juni 2006 in Laibach bei den Ministern Dimitrij Rupel und Ivan Žagar.

Die Zusammenarbeit mit der Steiermark zeigt sich in zahlreichen grenzüberschreitenden Initiativen und Projekten. Wirtschaft, Tourismus, Umwelt, Energie, Kultur und Jugend sind

die Schwerpunkte; mit Hilfe von EU-Fördermitteln soll der Grenzraum wirtschaftlich, sozial und kulturell enger zusammenwachsen und sich als Region weiter entwickeln. Allein in der Programmplanungsphase von 2007 bis 2013 stehen für die seit 1. Oktober 2007 bekannt zu gebenden Projekte im Interreg IIIA-Nachfolgeprogramm „Ziel 3 – Territoriale Kooperationen“ rund 67 Millionen Euro zur Verfügung; in der Steiermark sind alle NUTs-Regionen mit Ausnahme Liezens vertreten. Das ist eine Erweiterung um die Regionen Obersteiermark West und Obersteiermark Ost.

Das Faktum, dass Slowenien keine Länderebene wie Österreich kennt, führt immer wieder zu Diskussionen. Eine ehestmögliche Regionalisierung – so schwierig sie ist – wäre daher aus steirischer Sicht zu begrüßen.

## Italien

Friaul Julisch-Venetien mit seinen vier Provinzen steht immer wieder im Mittelpunkt von Aktivitäten. So ist der Triesttag zu erwähnen, der in Graz über die Bühne geht und hier ein vor allem kulturell und kulinarisch interessiertes Publikum findet und dessen „Gegenpol“ die Giornate Grazensis in Triest.

Seitens der Provinz Pordenone gab es anlässlich der Bemühungen von St. Johann am Tauern, eine Partnergemeinde an der Oberen Adria zu finden, Signale zur Bereitschaft einer Kooperation auf wirtschaftlicher und touristischer Ebene.

### 3.2.2. Kooperationen außerhalb der EU

#### Bosnien und Herzegowina

Am 28. und 29. März 2007 besuchte Landeshauptmann Mag. Franz Voves mit einer steirischen Delegation die Republik Bosnien-Herzegowina.

Entsprechend der ethnischen Gliederung des Landes waren Einladungen in Sarajewo, Mostar und Banja Luka wahrzunehmen. Der Delegation gehörten unter anderen Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser, Landesamtsdirektor Dr. Gerhard Ofner, Honorarkonsul Dr. Jörg Hofreiter sowie Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter und Journalisten an.

Die wichtigsten politischen Punkte waren zunächst der Empfang im Regierungsgebäude der Föderation BiH durch den Vizepräsidenten der Föderation, Mirsad Kebo und dem damals

designierten Premierminister Nedžad Branković. Projekte auf dem Energiesektor, auf kultureller Ebene und im Tourismus wurden angesprochen.

Bei einem Treffen mit steirischen Soldaten wurde über CIMIC (Civil Military Cooperation) informiert, wobei wirtschaftliche und soziale Projekte unter Nutzung von EU-Förderungen unterstützt werden.

Ein weiteres Treffen fand mit dem Hohen Repräsentanten bei der Internationalen Gemeinschaft, Dr. Christian Schwarz-Schilling statt. Die Zusammenarbeit zwischen BiH und der Steiermark wurde als sehr gut eingestuft. So war Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko von der KF-Universität Graz bis Juni 2007 Berater im OHR für die Verfassungsreform.

Beim Besuch in der Republika Srpska wurden mit dem Premierminister dieser Teilrepublik, Milorad Dodik in Anwesenheit von Vize-Präsidentin Jasna Brkić und des Energieministers Rajko Ubiparip Themen wie die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, im touristischen Bereich und im Schulbereich besprochen; eine durch den steirischen Landeshauptmann ausgesprochene Gegeneinladung nahm Dodik (wie tags zuvor auch die Politiker der Föderation) gerne an.

Wirtschaftlich war die Steiermark zum ersten Mal auf der Messe in Mostar vertreten. Außerdem fanden Kurzbesuche bei der GRAWE osiguranje d.d. und bei der MERKUR BH OSIGURANJE statt.

Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Messecenter Graz und dem Internationalisierungszentrum Steiermark (ICS) erfuhr durch die Anwesenheit der steirischen Delegation Bestätigung und neuen Auftrieb.

Auf universitärer Ebene fand ein Besuch der Universität in Banja Luka statt, wobei Landeshauptmann Mag. Voves mit Germanistikstudenten diskutierte und diese zu einer Exkursion in die Steiermark einlud.

Ende April 2007 fand die Freundschaftsfahrt mit 120 Teilnehmern statt, die Bosnien und Herzegowina bereisten.

### **Serbien**

Der im Norden der Republik Serbien liegenden Autonomen Provinz Vojvodina mit ihrer Hauptstadt Novi Sad kommt im Zuge der Bestrebungen, Mitglied der Europäischen Union zu werden eine ebenso bedeutende Rolle zu wie in

dem weltpolitisch spannenden Prozess der Verselbstständigung des Kosovo.

Die Steiermark sieht sich als Partner Serbiens auf dem Weg in die EU und unterstützt Bestrebungen dieser Art. So hielten Vertreter der FA1E Anfang Jänner 2007 in Novi Sad ein Referat über die Europäische Union; im April waren 12 Bürgermeister und weitere Gemeindefunktionäre Gast der Fachabteilung, die gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund – Landesgruppe Steiermark zu einem Seminar über „Modernes Gemeindemanagement in der EU“ geladen hatten. Die Stadtgemeinde und die Stadtwerke Voitsberg erwiesen sich als EU-erfahrene Gastgeber, um den serbischen Funktionären im praktischen Teil „Best practice“ Beispiele zu zeigen.

### **Kroatien**

Anlässlich des „Kroatientages 2006“ auf der Grazer Messe besuchte am 3. Oktober die Präsidentin der Gespanschaft Sisak-Moslovina, Gespanin Marina Lovrić die Steiermark. Ein Jahr später, am „Kroatientag 2007“ überbrachte der Vorsitzende der Gespanschaft von Varaždin, Gespan Radimir Čačić, die Grüße des kroatischen Staatspräsidenten Stjepan Mesić. In Arbeitsgesprächen mit Landeshauptmann Mag. Franz Voves wurde der Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und der Republik Kroatien auf dem Weg in die Europäische Union vereinbart.

### **Georgien**

Im Rahmen des Schulrenovierungsprojektes „Steirische Schüler helfen georgischen Schülern“ waren bereits im April 2005 Berufsschüler und zwei Lehrer der Grazer Berufsschulen für Installateure und Bauwesen bei der Renovierung einer Schule in Telawi/Region Kachetien tätig. Im Herbst 2006 und Frühjahr 2007 wurde die Renovierung fortgesetzt und zu einem Teilabschluss gebracht.

Die kachetische Regierung hat einen Besuch für den Herbst 2007 abgekündigt.

### **Russland**

#### *Kaluga*

Am 04.12.07 fand der Empfang einer russischen Delegation aus Kaluga ( Vladimir Po-

temkin - Vizegouverneur des Gebietes Kaluga und Vertreter Kalugas in der Regierung der Russischen Föderation, Larissa V. Vorobyeva - Stellvertreterin in der Vertretung Kalugas in Moskau, Prof. Dr. J. Tsetsenko, Handelsrat der RF, Dr. Boldyrev - Assistent des Handelsrates) in Graz bei Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser statt, wo über die Themen Autoindustrie und wirtschaftliche Kooperation diskutiert wurde.

Vom 14.-19.05.07 unternahmen zwei russische Journalisten der Magazine „Voyage“ und „Voyage i otdych“ eine Journalistenreise durch die Steiermark, welche von der FA1E in Kooperation mit der STG (Steiermark Tourismus GesmbH) organisiert wurde.

Im Oktober 2006 und Juni 2007 fanden in Wien Kooperationsgespräche mit dem Vertreter der Republik Baschkortostan in Österreich in den Räumlichkeiten der ÖRFG (Österreich Russischen Freundschaftsgesellschaft) statt.

#### *Region Vologda*

Im November 2004 wurde in Graz ein bilaterales Memorandum unterzeichnet.

Am 04. Oktober 2006 kam eine russische Delegation aus Vologda unter der Leitung des Landtagspräsidenten Tichomirov in die Steiermark. Es fand ein Besuch bei Magna Steyr, ein Treffen mit den Bundesforsten, der Besuch der Grazer Messe, und Empfang bei Landtagspräsident Schrittwieser statt.

Am 07. November 2006 wurde eine Delegation aus Vologda von Landtagspräsident Schrittwieser empfangen. Die Delegation hatte zuvor die Firma Magna Steyr besucht, wo über die Themen Standortentwicklung, Autocluster und Freihandelszonen diskutiert wurde.

Ende November 2006 fand erstmals ein Gegenbesuch der Steiermark unter Leitung des Landtagspräsidenten Schrittwieser in Moskau bzw. Vologda statt. Anlass des Besuchs war neben der Ausweitung der Kontakte in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht die Besichtigung des neu gebauten touristischen Themenparks „Ded Moroz“, welcher in Kooperation mit Finnland errichtet worden war und im Rahmen eines Projekts auch mit der Steiermark vernetzt werden soll.

## **Ukraine**

### *Region Lviv (Lemberg)*

Bereits seit dem Jahr 1998 bestehen zwischen der Region Lemberg und dem Land Steiermark intensive Kontakte.

Im Herbst 2007 wird die FA1E gemeinsam mit anderen Abteilungen und Fachabteilungen Fachpraktikantinnen der Hochschule für Verwaltung aus Lemberg betreuen.

## **Volksrepublik China**

### *Jiangtsu*

In seiner Funktion als Bundesratspräsident besuchte Mag. Wolfgang Erlitz, geschäftsführender Landesschulratspräsident im August die im Südosten des Landes liegende Provinz Jiangtsu und konnte dabei an den Besuch einer Delegation anknüpfen, die ein Jahr zuvor Landeshauptmann Voves einen Besuch abgestattet hatte.

### *Guizhou*

Auf eine lange Tradition können die 1986 besiegelten Beziehungen zur Provinz Guizhou zurück blicken. Gouverneur Lin Shu Sen ist seit heuer im Amt; er hat seine Bereitschaft zur weiteren Kooperation in einem Brief an Landeshauptmann Voves bekundet.

### *Jilin*

Die Provinz Jilin – Gouverneur ist seit 2005 Wang Min, früherer Professor an der Nanking Universität für Weltraumfahrt – hat sich um den Abschluss eines Kooperationsabkommens mit der Steiermark bemüht.

Im Jänner betreute die Katastrophenschutzabteilung eine Delegation unter der Leitung des Generaldirektors für Civil Air Defenses der Provinz Anhui.

### 3.1. MULTILATERALE AUßENBEZIEHUNGEN

#### 3.3.1. Europaregion Adria-Alpe-Pannonia

##### EU-Projekt „MATRIOSCA-AAP“

Das im Rahmen der Initiative „Europaregion Adria-Alpe-Pannonia“ unter Lead-Partnerschaft der Steiermark im Jahr 2005 durch die Europäische Union genehmigte INTERREG-III-B-Projekt „MATRIOSCA-AAP“ befindet sich in der Endphase und wird mit Jahresende 2007 abgeschlossen sein. Es ist das steirische Leitprojekt, das die Außenbeziehungen optimieren helfen soll. Im ersten Vierteljahresbericht 2007 wurde über das Projekt und dessen Hintergründe ausführlich informiert.

Die Ergebnisse dieses gemeinsamen Projektes von insgesamt 16 Partnern aus den sechs Staaten Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Ungarn und Serbien werden im Rahmen der politischen Abschlusskonferenz am 14. November 2007 in Graz präsentiert:

- Strategien für eine koordinierte Kooperation zur Stärkung der Kohäsion im geografischen Gebiet von Norditalien bis Südun-garn und von Südösterreich bis zum Westbalkan.
- Vorschläge für gemeinsame Projekte in der neuen EU-Förderperiode in den Themenbereichen Innovation/Wirtschaft, Erneuerbare Energie/Nachhaltige Entwicklung, Bio-cluster u.a.m.
- Kooperationsmodelle für eine Zusammenarbeit im Adria-Alpe-Pannonia-Raum unter Berücksichtigung des Europäischen Rechtsinstrumentes „EVTZ – Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit“

##### EX TEMPORE 2007

Bereits zum dritten Mal wurde Ende Juli 2007 im Rahmen der Initiative „Europaregion Adria-Alpe-Pannonia“ im südsteirischen Halbenrain nahe der slowenischen Grenze der Internationale Malwettbewerb „EX TEMPORE“ durchgeführt. Das Thema des diesjährigen Bewerbes war „Köpfe der Region“. Insgesamt nahmen 91 Künstlerinnen und Künstler aus Österreich, Ungarn, Italien, Slowenien und Kroatien teil. Eine internationale Jury prämierte die zehn besten Werke. Aufgrund der großen Teilneh-

merzahl ist auch im Jahr 2008 ein weiterer internationaler Malwettbewerb geplant.

#### 3.3.2. ARGE Alpen-Adria

Das Jahr 2007 war von der Umsetzung der von den regionalen Regierungschefs der Mitgliedsregionen der ARGE Alpen-Adria im November 2006 beschlossenen Strukturreform geprägt, welche eine effiziente und projektorientierte Zusammenarbeit als Zielsetzung hat.

Die Steiermark als Gründungsmitglied dieser bereits seit dem Jahr 1978 bestehenden multi-regionalen Vereinigung hat sich maßgeblich an der Ausarbeitung dieser Strukturreform beteiligt und unterstützt insbesondere das im Biennium 2007/2008 die Präsidentschaft der ARGE Alpen-Adria inne habende Bundesland Burgenland in dessen Bemühungen für eine optimale Umsetzung.

##### Projektgruppe Schule/Schulsport

Die Steiermark als Initiator dieser Projektgruppe im Jahr 1997 hat nach wie vor den Vorsitz inne. Im April 2007 wurde bereits zum neunten Mal das Alpen-Adria-Schulsportfest im ungarischen Siofok durchgeführt. Rovinj/Kroatien war Ende September bereits zum fünften Mal Austragungsort der Sommersportwoche der Schulen. Zur Zeit laufen die Vorbereitungen für die nächste Alpen-Adria-Wintersportwoche der Schulen, welche von 30.3. bis 5.4. 2008 in Schladming stattfinden wird.

##### Projektgruppe Sport

Die Steiermark als Vorsitz führendes Land hat im Rahmen der Projektgruppe Sport im Jahr 2007 eine Reihe von Aktivitäten selbst bzw. in Patronanz durchgeführt:

Jugendsportwinterspiele in Hinterstoder/OÖ, VII. Sportkonferenz in Opatja/Kroatien; X. Intern. Mountainbike Alpe-Adria Cup 2007 in Cross Country; 4. Alpen-Adria Karate Championships 2007, 14. Intern. Alpen-Adria Radrennen, Thermenland Open - Intern. Orientierungslaufveranstaltung; Intern. Alpe-Adria Kinder Sommer Tournee 2007 (Mattenschi-sprung), Intern. Handball U17-Jugendturnier; Auch für 2008 sind zahlreiche Veranstaltungen geplant wie etwa Jugendsportsommerspiele in Ungarn/Bük und Szombathely. Die Jugendsportwinterspiele 2009 werden in Italien stattfinden.

### **Stipendienprogramm der ARGE Alpen-Adria**

Bereits seit dem Jahr 1985 beteiligt sich das Land Steiermark an dem von der Rektorenkonferenz der ARGE Alpen-Adria ins Leben gerufenen Stipendienprogramm und vergibt an junge Forscherinnen und Forscher im Alpen-Adria-Raum Postgraduate-Stipendien zur Durchführung von Forschungsarbeiten an einer steirischen Universität. Im Studienjahr 2006/07 wurden Stipendien an insgesamt vier Jungforscher vergeben.

Kontext zur Entwicklung von Innovation in Europa diskutiert werden.

### **3.3.3. VRE – Versammlung der Regionen Europas**

In der VRE arbeiten insgesamt 250 Regionen aus 26 europäischen Ländern und 12 interregionale Organisationen zusammen. Alle österreichischen Bundesländer sind Mitglieder in dieser multiregionalen Vereinigung.

Im vergangenen Jahr wurde innerhalb der VRE eine Strukturreform umgesetzt, die eine Reduktion der Kommissionen zur Folge hatte. Die Steiermark ist in allen Kommissionen vertreten und beteiligt sich insbesondere an konkreten Projekten/Ausschreibungen.

Bei der diesjährigen Jugend-Summer-School in Exeter/UK nahmen zwei steirische Jugendliche teil. Die „Regionale Internationalisierungsstrategie – RIST“ erzielte beim 1. Innovation Award der VRE den ausgezeichneten 3. Platz. Erstmals wurde heuer auch ein „Communication Award“ für besonders herausragende EU-Informationsaktivitäten ausgeschrieben. Die Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen hat sich mit dem „Cafe Europa“ – eine Life-Diskussions-Serie zu Europa relevanten Fragen – beworben.

Anfang Juli d.J. fand eine gemeinsame Expertenkonferenz der VRE und des Landes Steiermark/Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen zum europäischen Rechtsinstrument „Europäischer Verbund zur territorialen Zusammenarbeit (EVTZ) – Stand der Umsetzung in den Ländern und Staaten“ im Steiermark-Haus in Brüssel statt. An dieser Fachtagung nahmen rund 70 Experten aus zahlreichen Regionen innerhalb und außerhalb der EU teil.

Die diesjährige Hauptversammlung der VRE Anfang November wird sich mit dem Thema „Identität“ – Regionen als Bausteine Europas befassen, wobei insbesondere der regionale Aspekt von Identität beleuchtet wird. Darüber hinaus wird auch die Rolle der Vielfältigkeit im



## 4. Im Fokus: Überbetriebliche Forschung und Entwicklung

In Fortsetzung unserer Reihe „Im Fokus“ werden Abteilungen/Fachabteilungen des Amtes der Landesregierung eingeladen, über die Verwendung von EU-Ressourcen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu berichten.

Im vorliegenden Bericht hat die Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung – einen Beitrag über die EU-Regionalförderung im Aktionsfeld „Überbetriebliche Forschung und Entwicklung“ für den Vierteljahresbericht erstellt.

### EU-Regionalförderung -

#### Aktionsfeld 1 „Überbetriebliche Forschung und Entwicklung“

Die Abteilung 3 - Wissenschaft und Forschung ist Verantwortliche Förderstelle im Programm „Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007-2013“ für das Aktionsfeld 1 „Überbetriebliche Forschung und Entwicklung“.

Die Regionalpolitik der Europäischen Union verfolgt neben der Verringerung des Strukturgefälles zwischen den Regionen der EU auch das Ziel der Förderung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung und einer wirklichen Chancengleichheit. Ein wichtiges Finanzierungsinstrument zur Erreichung dieser strukturpolitischen Ziele ist der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt sich am Programm „Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007 – 2013“ mit 155 Millionen Euro. Unter die Priorität 1 „Stärkung der innovations- und wissensbasierten Wirtschaft“ fällt auch das Aktionsfeld 1 „Überbetriebliche Forschung und Entwicklung“, das von der Abteilung 3 - Wissenschaft und Forschung als Verantwortliche Förderstelle abgewickelt wird. Das Förderungsgebiet umfasst im Gegensatz zur Periode 2000 - 2006 nunmehr die gesamte Steiermark inklusive der Landeshauptstadt Graz.

Mit dem Aktionsfeld 1 sollen folgende Ziele erreicht werden:

Know-how-Aufbau in ausgewählten Stärkefeldern und Stärkung der F&E-Kapazitäten in diesen Bereichen, um eine Intensivierung der F&E- und Innovationsaktivitäten zu ermöglichen

Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung und Umsetzung kooperativer Forschungsprojekte und der Inanspruchnahme von Bundes- und EU-Förderungen

Steigerung des regionalen Bewusstseins für Forschung im Allgemeinen und die jeweiligen Themen im Besonderen

Verbesserung der Situation von Forscherinnen in den jeweiligen Themenbereichen

Gleichzeitig ist die Abteilung 3 - Wissenschaft und Forschung auch noch Maßnahmeverantwortliche Förderstelle im Ziel-2 Steiermark Programm 2000-2006 für die Maßnahme 2.2 – Überbetriebliche Forschung und Innovation. In dieser mittlerweile abgelaufenen Periode konnten insgesamt 87 Projekte gefördert werden. Die Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) leisteten bislang einen enormen Beitrag zur Steigerung der F & E Quote in der Steiermark.

Die Maßnahme „Überbetriebliche Forschung und Innovation“ des Ziel-2 Steiermark Programms ist wesentlicher Bestandteil zur Erreichung des Leitzieles „Verbesserung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bestehender Unternehmen, insbesondere von KMU, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.“

Mit der Stärkung der F & E Infrastruktur im Ziel 2-Gebiet soll die dringend notwendige Anhebung und Intensivierung der Forschungstätigkeit und Innovationsfähigkeit vorangetrieben werden.

Mit der Unterstützung überbetrieblicher F & E Projekte (Pilot- und Demonstrationsprojekte) sollen neue Techniken und Verfahren, die noch nicht auf breiter Basis am Markt eingeführt sind, eine regionale Beispielswirkung aufweisen, in der Folge regionale wirtschaftliche Impulse bewirken können und insbesondere in den Bereichen Energie und Umwelt, Cleaner Production

sowie nachhaltiges Wirtschaften erprobt, demonstriert und verbreitet werden. Damit soll auch ein wertvoller Beitrag zur Steigerung der Nachhaltigkeit in der regionalen Gesamtsicht und – im Sinne der nachhaltigen Bewirtschaftung der gesamten regionalen Ressourcen – zur Erhöhung der regionalen energetischen Autarkie und der damit verbundenen Stärkung regionaler Wertschöpfung erreicht werden.

Ein Highlight ist auch die Förderung der F & E Infrastruktur des *NanoTecCenterWeiz*. Zielsetzung des *NanoTecCenterWeiz* ist, durch den Einsatz und Kombination von neuartigen organischen Halbleitern sowie Strukturierungs- und Produktionsmethoden aus dem Bereich der Nanotechnologie neue Anwendungsgebiete in der Sensorik und Optoelektronik technologisch zu erschließen. Neben einigen F&E-Geräten zur (Nano)Analytik und Materialsynthese bildet eine modulare Pilot- und Demonstrationsanlage in einer geeigneten Reinraumumgebung das Herzstück der neuen geplanten F&E-Infrastruktur.

Die Förderung von F & E auf überbetrieblicher Ebene teilt sich in zwei Bereiche:

**Ausbau und Weiterentwicklung der F & E-Infrastruktur:**

Die überbetriebliche F & E Infrastruktur umfasst alle nicht auf Gewinn ausgerichtete Einrichtungen, in denen F & E entweder generell zur Gewinnung und Erweiterung von Know-how in bestimmten Bereichen betrieben wird. Dies werden in der Regel außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sein, aber auch regionale Forschungsinstitute, die an Innovations- und sonstigen Forschungszentren angesiedelt sind sowie Einrichtungen, deren Aufgabe der Transfer von Forschungsergebnissen zu den einschlägigen Betrieben ist.

**Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovation:**

Es sind Forschungsprojekte angesprochen, die Pilot- und Demonstrationscharakter haben und auf überbetrieblicher Ebene zur Marktaufbereitung in bestimmten thematischen Bereichen beitragen sollen.

Projektbeispiel:

Aufbau von Infrastruktur zur nachhaltige Gewinnung von Pflanzeninhaltsstoffen

Das Institut für nachhaltige Techniken und Systeme der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH befasst sich mit der chemisch-technischen Nutzung von Pflanzeninhaltsstoffen.

Im oststeirischen Regionalstandort Hartberg wurde im Rahmen des Ziel-2-Programms der Aufbau der für F&E-Arbeiten erforderlichen Infrastruktur gefördert. Es wurde der Betrieb von Extraktions- und Trennapparaturen zur Herstellung verschiedener Pflanzenextrakte im technischen Maßstab möglich. Der JOANNEUM RESEARCH - Standort Hartberg wird damit zu einem regionalen Impulsgeber für die Entwicklung innovativer Produkte in den Bereichen Naturkosmetik, Functional Food Additives und Pharmaceuticals.

## 5 SCHENGEN

Voraussichtlich noch im Dezember 2007 werden die Binnengrenzen zu neun EU-Staaten, darunter Slowenien, zu „Schengen-Grenzen“ werden, wie jetzt schon die Grenzen zu Deutschland und Italien. Dadurch gewinnt die Schengen-Thematik ein hohes Maß an Aktualität und die Steiermark wird bald keine „Schengen-Außengrenze“ mehr sein.

In diesem Kapitel soll daher im Überblick dargestellt werden, was unter dem Begriff „Schengen“ zu verstehen ist, wie es sich entwickelt hat, was es beinhaltet und was sich für die „steirischen Grenzen“ ändern wird.

### Einführung

Namensgeber für die Schengen-Zusammenarbeit ist die Stadt Schengen in Luxemburg, wo das *Schengener Abkommen* im Jahre 1985 unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen ist nicht im Rahmen der Europäischen Union entstanden sondern war – wie das zweite Abkommen, das Schengener Durchführungsabkommen 1990 – ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen anfangs fünf Staaten.

Zunächst nur diese fünf – Deutschland, Frankreich und die drei Benelux-Staaten – beschlossenen 1985 den "schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den gemeinsamen Grenzen". Erst 1995 wurden die Abkommen zwischen den ersten sieben Staaten in Kraft gesetzt - neben den fünf ursprünglichen Schengen-Mitgliedern waren Portugal und Spanien dabei. 1997 wurde der Schengenraum um Österreich, Italien und Griechenland erweitert. Im Jahr 2000 kamen die nordischen Staaten, incl. der Nicht-EU-Staaten Island und Norwegen, hinzu. Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein werden in naher Zukunft assoziierte Schengen-Mitglieder sein.

Die Inhalte dieser Schengener Abkommen können in zwei Punkten zusammengefasst werden:

Erstens der Abbau und Wegfall der Personenkontrollen an den Binnengrenzen. Ziel ist ein freier Personenverkehr im gesamten Schengenraum.

Zweitens sind eine Reihe von Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Durch den Abbau der Personenkontrollen entstehen in anderen Bereichen Defizite, etwa in Visafragen, Sicherheitsbedenken, etc. Um diese zu kompensieren sehen die Schengener Abkommen Regeln über die Durchführung der Kontrollen an den Außengrenzen vor, die polizeiliche Zusammenarbeit, etc. All

diese Maßnahmen sollen dazu dienen, das durch den Wegfall der unmittelbaren Personenkontrollen an den Staatsgrenzen entstehende Defizit aufzufangen.

### Entwicklung

In der ersten Hälfte der 80er Jahre hat sich die EU (damals noch EG) die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel wurde 1985 in einem Weißbuch der Kommission formuliert und schließlich 1987 in den EG-Vertrag (EGV) aufgenommen: in Art. 14 des EGV ist der Binnenmarkt "ein Raum ohne Binnengrenzen", in dem die freie Zirkulation von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen garantiert ist.

Zentraler Bestandteil des Binnenmarktes ist also der Abbau von Binnengrenzen. Im wirtschaftlichen Bereich ging dieser Grenzabbau sehr zügig voran. Typischerweise bildet(e) die freie Zirkulation von Personen bis heute einen Hemmschuh für die Integration der EG/EU.

Der formale Grund hierfür war zunächst, dass die EG (bis zum Amsterdamer Vertrag 1999) nicht über Kompetenzen in diesem Bereich verfügte. Sie war zwar zuständig für Zollfragen und dementsprechend auch für den Transfer für Waren, Kapital und Dienstleistungen.

Personenkontrollen wurden dagegen im Wesentlichen als Frage der Inneren Sicherheit verstanden. Asyl- und Einwanderungspolitik, Strafrecht und Strafverfolgung, Drogen- und Terrorismusbekämpfung etc. fielen ausschließlich in die Kompetenz der Mitgliedstaaten.

Ein Abbau von Grenzen war im Bereich der Personenkontrollen also nur über den Weg von Staatsverträgen möglich. Hinzu kam, dass insbesondere Großbritannien und Irland sich einem Abbau der Grenzkontrollen massiv widersetzt(en). Ergebnis dessen war das bekannte Phänomen des Europas der zwei Geschwindig-

keiten, indem es innerhalb der EU-Staaten nunmehr einen kleinräumigeren Schengenraum gab. Langfristig sollten Verhandlungen zu einem Staatsvertrag führen, der einerseits die vollständige Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen, andererseits Ausgleichsmaßnahmen für den dadurch angeblich entstehenden Sicherheitsverlust festlegen sollte. Dieser Grundsatz - Grenzabbau gegen Ausgleichsmaßnahmen - bestimmt bis heute die Politik der EU-Staaten im Bereich der Justiz- und Polizeipolitik.

Mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen 1990 wurde ein sog. Schengener Exekutivausschuss gegründet, der vor allem im Bereich der Polizeikooperation zahlreiche Beschlüsse fasste. Die Besonderheit dieses Ausschusses und seiner vielen Untergruppen bestand darin, dass es sich um eine rein zwischenstaatliche Kooperation handelte, in der vorwiegend die Exekutiven und die Polizeibehörden vertreten waren.

Bis Mai 1999 hatte der Exekutivausschuss rund 200 Beschlüsse gefasst. Gemeinsam mit den Abkommen von 1985 und 1990 bilden sie den sogenannten Schengen-Acquis, den Schengener "Besitzstand".

Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages 1999 wurde eine entscheidende Wende vollzogen: Schengen wurde – kurz gesagt – Teil der EU, der gesamte „Schengen-Besitzstand“ in das EU-Recht integriert.

Dadurch hat sich die Entwicklung von Schengen, die sich bis dahin außerhalb der EU vollzogen hat, in das Regelwerk der Europäischen Union eingefügt, wo es sich bis heute stetig weiter entwickelt.

### Inhalt von Schengen

Das Schengener Durchführungsübereinkommen sieht in Art. 2 vor, dass die Binnengrenzen an allen Stellen und zu jeder Zeit überschritten werden dürfen. In Absatz 2 desselben Artikels ist aber eine Ausnahme enthalten, nach der die Mitgliedstaaten bei besonderen Bedrohungen für die Nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung Grenzkontrollen temporär wieder einführen dürfen.

Der Rest der 140 Artikel des Übereinkommens und die anderen Punkte des Schengen-Besitzstandes bezieht sich vor allem auf Ausgleichsmaßnahmen. Dazu gehören insbesondere:

- Verlagerung der Grenzkontrollen an die Außengrenzen und gleichzeitig die gemeinsame Festlegung der Bedingungen für das Überschreiten der Außengrenzen sowie einheitliche Bestimmungen und Modalitäten für die Personenkontrolle an diesen Grenzen;
- gemeinsame Visumpolitik;
- eine Erstasylregelung, nach der im Schengenraum nur ein Asylverfahren pro Person durchgeführt werden soll und zwar durch den dafür zuständigen Staat. Zuständig ist derjenige Staat, für den ein Asylsuchender entweder ein Visum hat, wo unmittelbare Verwandte leben oder – falls das nicht zutrifft - den der Asylsuchende als ersten betreten hat. Letzteres ist der Normalfall. Alle unzuständigen Staaten werden ermächtigt, den oder die jeweilige Asylsuchende in den zuständigen Staat zurückbringen - sofern sie nicht doch aus humanitären Gründen auf sein Asylgesuch eingehen. Dieselbe Regelung wurde zusätzlich im Dubliner Abkommen 1990 zwischen allen EG-Staaten festgelegt;
- Einführung einer Koordinierung zwischen den Verwaltungen zur Überwachung der Grenzen (Verbindungsbeamte, Angleichung der Anweisungen für das und der Ausbildung des Personals);
- polizeiliche Kooperation, insbes. Nacheile und Observation;
- den Aufbau eines gemeinsamen Fahndungssystems, des sog. Schengener Informationssysteme SIS (ein Informationssystem, um den Grenzstationen, den Polizeidienststellen und konsularischen Vertretern der dem Schengen-Raum angehörenden Staaten Daten über gesuchte Personen, Gegenstände oder Fahrzeuge zu übermitteln. Die Mitgliedstaaten speisen das SIS über nationale Netze (N-SIS), die an ein zentrales System (C-SIS) angeschlossen sind);
- die Festlegung der Rolle der Verkehrsunternehmen bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung;
- Stärkung der Zusammenarbeit der Justizbehörden durch eine Regelung für eine rasche Auslieferung und eine bessere Vollstreckung von Strafurteilen.

### Teilnehmer an Schengen

Da „Schengen“ seit 1999 Teil des EU-Rechts ist, sind auch alle EU-Staaten gleichsam „Schengen-Mitglieder“. Das gilt auch für alle Staaten, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind.

Allerdings ist der Anwendungsbereich einiger Teile von Schengen hinsichtlich der Staaten unterschiedlich.

Großbritannien, Irland und Dänemark haben freiwillig den Anwendungsbereich von Schengenregelungen eingeschränkt:

Für Dänemark gilt, dass es jede neu getroffene Regelung eigens hinsichtlich ihrer Anwendung prüfen kann. Großbritannien und Irland können sich ebenfalls entscheiden – mit Zustimmung der übrigen Staaten – wie weit sie sich an den Schengen-Bestimmungen beteiligen. Der Wegfall der Personenkontrollen als Kernelement von Schengen gilt daher für diese beiden letztgenannten Staaten nicht.

Die 2004 und 2007 beigetretenen Staaten, darunter also auch Slowenien, wenden große Teile der Schengenregeln bereits seit dem Beitritt an: alle Regeln im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, die nicht unmittelbar mit der Aufhebung der Kontrollen an den Grenzen verbunden sind.

Die vollständige Anwendung der Schengen-Regeln, also auch die Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen findet erst statt, wenn das aktuelle Schengener Informationssystem (SIS II) einsatzbereit ist und diese Staaten nach einer Bewertung nachgewiesen haben, dass sie die für die Anwendung der „Ausgleichsbedingungen“ erforderlichen Bedingungen erfüllt haben. Ob diese Bedingungen erfüllt sind, entscheiden die anderen Staaten einstimmig.

Nach Expertensicht werden diese Bedingungen bereits von allen 2004 beigetretenen Staaten (mit Ausnahme Zyperns) erfüllt. Somit ist mit einer politischen Entscheidung der Innenminister im November zu rechnen, so dass voraussichtlich noch im Dezember 2007 die vollständige Teilnahme der österreichischen Nachbarstaaten Slowenien, Ungarn, Tschechien und Slowakei an Schengen wirksam werden kann (bzw. ab März 2008 für Flughäfen).

Das bedeutet den Wegfall der Personenkontrollen an der österreichisch-slowenischen Grenze. Im Gegenzug ist es aber möglich, verstärkt Kontrollen (sog. verdachtsunabhängige Personen-

kontrollen oder „Schleierfahndung“) im Landesinneren durchzuführen.